



# JAHRESBERICHT 2010

SP Kanton Bern



Titelbild:

22. September 2010

Simonetta Sommargua wurde soeben zur SP-Bundesrätin gewählt – als erste Bundesrätin der SP des Kantons Bern.

Impressum:

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (Hrsg.)

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Postfach 1096, 3000 Bern 23

Tel. 031 370 07 80, Fax 031 370 07 81

e-mail: [sekretariat@spbe.ch](mailto:sekretariat@spbe.ch)

Internet: [www.spbe.ch](http://www.spbe.ch)

Titelfoto: Daniel Furter

Auflage: 350

Bern, Juni 2011

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Bericht der Geschäftsprüfungskommission	4
Rapport de la commission de gestion	5
Bericht des Parteipräsidenten	6
Partei- und Geschäftsleitung	10
Parteitage	15
Nationalrats- und Ständeratsdeputation	21
Grossratsfraktion	23
Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)	27
Bericht SP-Frauen Kanton Bern	32
Bericht der JUSO	33
Regionalverbände und Sektionen	34
Fachausschuss Bau, Verkehr, Energie, Oekologie (BVEO)	38
Fachausschuss Bildung	38
Fachausschuss Finanzen, Arbeit und Wirtschaft	40
Fachausschuss Gesundheit und Soziales	41
Fachausschuss JGK/POM/STA	42
Parteisekretariat	44
Mitgliederzahlen in den Sektionen	46
Bilanz und Erfolgsrechnung	50
Revisionsbericht	53

## Bericht der Geschäftsprüfungskommission

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat 2010 eine konstituierende Sitzung durchgeführt. An dieser ist Stefan Neuenschwander als Nachfolger von Heinz Rau zum neuen Präsidenten gewählt worden.

Unter der neuen Führung und in Absprache mit der Parteileitung hat die GPK beschlossen, nebst der Revision der Jahresrechnung vermehrt die Tätigkeit der Organe zu prüfen. Dabei haben erste Abklärungen ergeben, dass das Sekretariat in vielen Bereichen eigenständig Optimierungen vorgenommen hat und fortlaufend daran arbeitet, Abläufe zu vereinfachen. Weiter lobenswert ist die Professionalität der Parteileitung. Am jährlichen Info-Austausch konnte die GPK Einblick in deren Führungsstil nehmen und schnell erkennen, dass die Zusammenarbeit im neuen Präsidium bestens funktioniert. Eine begleitende Kontrolle der Führungsorgane durch die GPK ist durch die regelmässige Zustellung der entsprechenden Sitzungsprotokolle gewährleistet.

Die Prüfung der Jahresrechnung 2010 erfolgte durch einen GPK-Ausschuss. Das Prüfungsergebnis ist anschliessend mit den Finanzverantwortlichen besprochen worden. Auch in diesem Bereich hat die GPK Optimierungen festgestellt. So wurde unter anderem ein neues Buchhaltungsprogramm eingerichtet, welches die Arbeit der Buchhalterin erleichtert. Gleichzeitig konnte die GPK erfreut feststellen, dass zum Wohl der Parteibasis grossen Wert auf eine transparente und übersichtliche Buchhaltung gelegt wird. Der ausführliche Revisionsbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2010 ist am Ende des Jahresberichtes abgebildet.

Eine weitere Aufgabe der GPK besteht darin, an den Parteitag die Mandatskontrolle durchzuführen. Die Umstellung auf die Online-Anmeldung zur Teilnahme an Parteitagen hat dazu geführt, dass das bisher bewährte Kontrollsystem überdenkt werden musste, um eine seriöse Prüfung weiterhin garantieren zu können. In der Zwischenzeit sind entsprechende Anpassungen vorgenommen worden.

Die GPK dankt der Parteileitung und dem Sekretariat für die gute Zusammenarbeit und den grossen Einsatz während des ganzen Jahres.

Bern, 5. Juni 2011

Für die GPK:



Stefan Neuenschwander

## Rapport de la commission de gestion

La commission de gestion (CG) a tenu en 2010 une séance constitutive. A cette occasion, Stefan Neuenschwander a été élu à la succession de Heinz Rau en qualité de président.

Sous la nouvelle présidence et d'entente avec la direction du parti, la CG a décidé, à part la révision des comptes annuels, de vérifier plus largement l'activité des organes. De premières investigations ont montré que le secrétariat a procédé de son propre chef à des optimisations dans de nombreux domaines et travaille régulièrement à une simplification des séquences de travail. Le professionnalisme de la direction du parti demeure digne d'éloge. A la séance annuelle d'échange d'information, la CG a pu observer le style de direction en vigueur, et a rapidement constaté que la collaboration fonctionne parfaitement au sein de la nouvelle présidence. Un contrôle accompagnateur des organes de direction par la CG est garanti par la remise régulière des procès-verbaux de séance.

L'examen des comptes annuels 2010 a été réalisé par un comité de la CG, puis le résultat du contrôle a ensuite été discuté avec les responsables de la gestion financière. Dans ce domaine aussi, la CG a constaté que des optimisations ont été réalisées. C'est ainsi qu'a notamment été installé un nouveau programme de comptabilité qui facilite le travail de la responsable. La CG a par ailleurs constaté avec plaisir que pour le bien de la base du parti, une grande importance est attribuée à la transparence et à la clarté de présentation de la comptabilité. Le rapport de révision détaillé relatif à la vérification des comptes annuels 2010 figure à la fin du rapport annuel.

Une autre tâche de la CG consiste à procéder au contrôle des mandats lors des congrès. La conversion à l'inscription en ligne pour la participation aux congrès a imposé une révision du système de contrôle afin de garantir à l'avenir aussi le sérieux de la vérification. Entre temps, les adaptations nécessaires ont été réalisées.

La CG remercie la direction du parti et le secrétariat de leur grand engagement et de la bonne collaboration réalisée tout au long de l'année.

Berne, le 5 juin 2011

Pour la CG :



Stefan Neuenschwander

## **Bericht des Parteipräsidenten**

Wofür hat die SP im 2010 gekämpft? Der Blick zurück zeigt viel Einsatz für die ArbeitnehmerInnen. Bezeichnend war eine Untersuchung der Angestelltenverbände, welche klar zeigte, dass sich unsere Partei weitaus am stärksten für die LohnempfängerInnen einsetzt. Genauso wichtig für eine Gesellschaft des Miteinanders statt des Gegeneinanders waren die Aktivitäten für eine gute Gesundheitsversorgung mit zahlbaren Krankenkassenprämien und der Kampf gegen den Sozialabbau. So konnten wir im März in der Volksabstimmung die Senkung der Renten der Pensionskassen verhindern.

In der Bildungspolitik setzte sich die SP Kanton Bern zum Beispiel für eine erfolgreiche Volksschule ein, für ein besseres Betreuungsverhältnis an Kindergärten und für die zusätzliche Unterstützung der Lehrpersonen, damit die Fähigkeiten aller Kinder und das Gemeinschaftliche gefördert werden. Unser Einsatz für einen guten Service public für alle BernerInnen hing auch im vergangenen Jahr eng mit der Finanz- und Steuerpolitik zusammen. Unsere Sektionen kämpften vehement für mehr Steuergerechtigkeit, damit die Reichsten nicht immer weniger an die Kosten von Spitälern, Schulen, Polizei sowie Bus- und Bahnlinien zahlen, auf Kosten des Mittelstandes. Fast wöchentlich sammelten SP-Leute Unterschriften für die Cleantech-Initiative, für eine Umwelt, die auch noch unseren Urgrosskindern ein menschenwürdiges Leben ermöglicht und zu Gunsten von Arbeitsplätzen in allen Regionen des Kantons. Im Wissen, dass ein neues AKW in Mühleberg ein Aus für Solardächer, Biogasanlagen, Geothermie bedeutet, zeigte die SP unermüdlich auf, wie die BKW eine Politik gegen die Interessen der eigentlichen BesitzerInnen, die BernerInnen, verfolgte. Dieser Kampf war der rote Faden der SP-Energiepolitik und trug entscheidend zum grossartigen Abstimmungsergebnis am 13. Februar 2011 bei. Noch vor acht Jahren hatte sich nur ein Drittel der Bevölkerung gegen AKWs ausgesprochen, jetzt ist es fast die Hälfte. Wir müssen nun auch AKW-BefürworterInnen aufzeigen, dass Solardächer, Biogasanlagen oder Geothermie sowie ein sorgsamer Umgang mit Strom die Versorgung sichern können, ohne AKW, Kohlen- oder Gaskraftwerke. Das knappe Abstimmungsergebnis zu einem neuen AKW Mühleberg öffnet nun zahlreiche Chancen für die Berner Volkswirtschaft und zwingt die BKW endlich, gemeinsam eine nachhaltige Stromproduktion zu Gunsten aller zu fördern.

### **Simonetta Sommaruga im Zeichen der Berner SP**

Unser schönster Erfolg im 2010 war die Wahl von Simonetta in den Bundesrat. Als Politikerin des Miteinanders statt des Gegeneinanders hat sie nicht nur die klare Mehrheit der Bundesversammlung sondern auch einen sehr grossen Teil der Berner Bevölkerung überzeugt. Der Versuch der bürgerlichen Mehrheit, im

Bundesrat Simonettas Einfluss mit Hilfe der Departements-Zuteilung zu beschränken, erweist sich als wirkungslos. Ganz im Gegenteil, schon nach kurzer Zeit zeichnet sich ab, dass unsere Berner SP-Bundesrätin Dossiers anpackt, die bisher liegen blieben. Ihre Vorgängerin Widmer-Schlumpf beschränkte sich auf die Bekämpfung der Symptome mangelnder Integration. Blocher, der frühere Polizei- und Justizminister, insgeheim dankbar für jeden ausländischen Gewalttäter oder Autoraser, missbrauchte seine Informationen für Polemik.

Das Beispiel von Simonetta Sommaruga zeigt, dass auch in der SP Persönlichkeiten für das Image einer Partei wichtiger wurden. Diesem Trend kann sich die SP nicht entziehen und sie muss sich in Bezug auf diesen Erfolgsfaktor auch keine Sorgen machen. Dank der Ständeratskandidatin und Chefin der SP-Bundeshausfraktion Ursula Wyss, unseren Regierungsmitgliedern, SP-StadtpräsidentInnen, Parlamentsmitgliedern und vielen „lokalen Grössen“ weiss die Bevölkerung, welche Gesichter für SP-Werte stehen.

### **Höhen und Tiefen der SP an den Urnen**

Erfolge konnte die SP vor allem in den Wahlen in die Exekutiven feiern. Bestechend war die Bestätigung der rot-grünen Regierungsmehrheit mit der brillanten Wiederwahl von Barbara Egger, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud. In Biel gewann Erich Fehr im Kampf um die Nachfolge von Hans Stöckli. In Thun verlor die SP leider das Stadtpräsidium, aus meiner Sicht lag das vor allem am Trend in ländlichen Gebieten Richtung rechts. Diese gesamtgesellschaftliche Entwicklung dürfte eine Erklärung sein für das schlechte Abschneiden bei den Grossratswahlen im März 2010. Während sich die SP in der Stadt Bern leicht verbessern konnte, verloren wir in Agglomerationsgebieten und vor allem im ländlichen Raum stark an die BDP und die GLP. Der Verweis auf ungenügende Mobilisierung genügt nicht, wichtig ist viel mehr die Frage, warum es in vielen Sektionen nicht mehr gelingt die Mitglieder zum Mitmachen zu bewegen. Als Konsequenz aus dieser Niederlage legte eine Task Force von VertreterInnen der Regionalverbände Massnahmen zur Verbesserung der Strukturen fest. Abgesehen davon fehlten uns wohl der Mut und die Kraft für SP-Werte einzustehen, zum Beispiel durch das Aufstellen eines SP-Plakates im Garten oder auf dem Balkon. In einer gesellschaftlichen Grundstimmung gegen das Gemeinsame und Verbindende brauchen wir eine besondere Kraft uns für das Miteinander und die Solidarität einzusetzen. Optimistisch stimmt uns die Beobachtung, dass viele SP-Leute mit einem „Jetzt erst recht!“ wieder zu kämpfen bereit sind, gegen eine Politik der Angst und der Ausgrenzung.

In den Volksabstimmungen sahen wir uns konfrontiert mit einem weiteren Trend, der unser direktdemokratisches System entwürdigt oder sogar in Frage stellt. Unsere Steuergerechtigkeitsinitiative verlor innert sechs Wochen stark an Unterstützung, weil die bürgerlichen Parteien mit riesigen Summen von

Superreichen auch den Kanton Bern mit Plakaten und Inseraten zudeckten, und zwar ohne dass die StimmbürgerInnen wussten, woher das viele Geld kam. Dieser Zustand wurde sogar von der OECD kritisiert. Die Forderung nach mehr Transparenz bei der Finanzierung der Parteien und von Abstimmungen ist ein sehr wichtiges Anliegen zur Erhaltung der Demokratie und wird uns noch stark beschäftigen. Unglücklich agierte die SP aus meiner Sicht bei der Ausschaffungsinitiative. Der Gegenvorschlag konnte die unmenschliche Initiative nicht verhindern, sondern brachte sogar SP-Leute gegeneinander auf.

## **Die SP und die Medien**

Der Abstimmungskampf um die Steuergerechtigkeitsinitiative war auch beispielhaft in Bezug auf eine gefährliche Entwicklung bei den Medien. Der Tamedia-Verlag übte offenbar Druck auf die Redaktion des Tagesanzeigers aus, damit diese ihre Haltung den Wünschen der Eigentümer anpasste. Bezeichnend für die zunehmend einseitige Haltung der Printmedien waren die „Empfehlungen“ des Bund-Chefredaktors und des dauerpräsenten Politologen Michael Herrmann an die Adresse der SP: Opportunismus als Erfolgsrezept. Damit die SP da sei, „wo die Musik spielt“, müssten wir unsere Meinungen jeweils rasch der aktuellen Windrichtung anpassen und mit der Mehrheit grölen. Für SP-PolitikerInnen bedeutet „Erfolg“ nicht das lautstarke Mitsingen des aktuellsten Politsongs. Denn der Blick am Abend in den Spiegel, ohne Ekel, ist wichtig. Und genau so wichtig: Alle unseren Ideen werden früher oder später zur „Musik“, sei es in Sachen Boni, Bankgeheimnis, öffentliche Krankenkasse, AHV und anständige Renten, erneuerbare Energie und vieles mehr. Andere Parteien brauchen zur Einsicht einfach etwas länger, aber wir gehen gerne voraus. Und darauf sind wir ich auch etwas stolz.

## **Ein kleines Rätsel im Rückblick**

Noch etwas hat uns bewegt im vergangenen Jahr. Ein kleines Rätsel fördert vielleicht Überraschendes zutage. Woher stammen folgende Forderungen?

- ✓ Post, Bahn oder Bus, Schulen, Gesundheitsversorgung und weitere Angebote des Service Public müssen allen Menschen in allen Landesregionen zu gleichen Preisen und in guter Qualität zur Verfügung stehen.
- ✓ Faire Schweizer KMU haben keine Chance gegen Firmen, welche Waren mit Kinder- und Zwangsarbeit und ohne Rücksicht auf die Umwelt herstellen. Darum kämpfen wir für menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie für den Schutz des Klimas und der Natur auf der ganzen Welt.
- ✓ Wir wollen den Markt weder schlechtreden noch verharmlosen. Wir wollen seine Qualitäten nutzen und seine Schwächen korrigieren. Wir sehen ihn als Wirtschaftsmotor im Dienst einer freiheitlichen und gerechten Gesellschaft.

- ✓ Gegen Völkermord oder vagabundierende Kriegsbanden braucht es einen wirksamen militärischen Schutz durch die Völkergemeinschaft.
- ✓ Wir wollen eine EU, die mehr ist als nur ein gemeinsamer Markt. Wir wollen ein Europa, das sich gemeinsam und demokratisch für den Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Umwelt einsetzt.
- ✓ Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Biogasanlagen und die Förderung von energieeffizienten Gebäuden schafft Arbeitsplätze bei den kleinen und mittleren Unternehmen in allen Regionen, statt dass das Geld zu den Ölkonzernen fliesst.

Diese Forderungen konntest du nicht in den Zeitungen lesen und trotzdem, vielleicht hast du es bereits erraten, sie stammen aus dem neuen Parteiprogramm der SP Schweiz. Doch so differenzierte politische Ziele passten wohl vielen JournalistInnen nicht in ihr Bild, das sie sich gegenseitig abgeschrieben hatten. Ich habe mit vielen Medienleuten über das Parteiprogramm gesprochen, aber bei niemandem konnte ich erkennen, dass sie die über 60 Seiten wirklich gelesen hatten. Aber der Fehler liegt auch bei uns. Nur mit kurzen und klaren Aussagen lässt sich vermeiden, dass einzelne Textstellen aus dem Zusammenhang gerissen und als absolute Aussagen präsentiert werden.

### **Die SP Kanton Bern und die Parteistrukturen**

Im Berichtsjahr fand auch ein Wechsel in der Parteileitung statt. Die langjährige Präsidentin Irène Marti Anliker trat zurück, nachdem sie während sieben Jahren mit viel Geschick und Engagement die Partei angeführt hatte. Ich danke ihr von Herzen für die grossartige Arbeit zu Gunsten der Kantonalpartei. Während zwei Jahren konnte ich im Parteipräsidium sehr viel von ihr lernen. Im September wählten die Delegierten ein neues Team ins Präsidium. Darin wieder stärker vertreten ist die ländliche SP mit den beiden Vizepräsidentinnen Sabina Stör und Ursula Zybach. Als Präsident bringe ich die Erfahrungen des urbanen Bern ein.

Ein Trend, der sich auch in der SP Kanton Bern abzeichnet, ist die zunehmende Professionalisierung, und zwar vor dem Hintergrund, dass erfolgreiche politische Arbeit auf weniger Leute verteilt werden muss. Freiwilligenarbeit ist weniger selbstverständlich und gleichzeitig steigen die Ansprüche in Bezug auf die politische Kommunikation. Um auch in ländlichen Gebieten genügend für unsere gemeinsamen Ziele leisten zu können, strebt die SP ein stärkeres Zusammengehen kleinerer Sektionen an. Beispielhaft für eine solche Entwicklung sind die Gründungen der „SP Mittleres Emmental“ und der „SP Unteres Emmental“ als Form der Zusammenarbeit zwischen mehreren Sektionen.

## **Die SP, ein gemeinsames Projekt von vielen engagierten Freiwilligen**

Ich danke allen SP-Leuten, welche im 2010 manchmal fast täglich für unsere Ziele kämpften. Ohne dieses Engagement könnten wir der Angst, der Ausgrenzung und dem Auseinanderdriften der Gesellschaft nichts entgegen setzen. Unser Einsatz und unsere Hoffnung sind unser Kapital, denn auf Spenden aus der Finanz- und Versicherungslobby oder von Superreichen können wir nicht abstützen.

Eine besondere Wertschätzung verdienen auch die Mitarbeitenden des Parteisekretariates. Ich erlebe bei jeder Sitzung, bei jeder Strassenaktion und bei den vielen Kampagnen, aber auch bei der täglichen administrativen Knochenarbeit ein hochprofessionelles, sehr engagiertes und effizientes Team. Merci!

Roland Näf, Präsident

## **Partei- und Geschäftsleitung**

### **1. Parteileitung**

Die Parteileitung traf sich 2010 zu 37 Sitzungen und behandelte über 130 Geschäfte, wobei einige mehrmals diskutiert werden mussten. Ein immer wiederkehrendes Traktandum waren die Wahlen, zuerst auf der kantonalen und dann auf der eidgenössischen Ebene. Jeweils viel Zeit benötigen auch der allgemeine Informationsaustausch sowie die notwendige Meinungsbildung zu politischen Vorlagen.

Daneben hat die Parteileitung einen intensiven Kontakt zu verschiedenen Organisationen gepflegt, Veranstaltungen mit Regionalverbänden, Sektionen, MandatsträgerInnen durchgeführt sowie Treffen mit der Deputation und Regierungsmitgliedern durchgeführt. Auch wurde bereits zum zweiten Mal ein Neumitgliederapéro sowie ein Dankes Anlass an die Sektionsvorstände organisiert.

Auch die Vorbereitung der GL-Sitzungen und der Parteitage sowie das Erstellen der entsprechenden Unterlagen gehört zu den Aufgaben der Parteileitung.

Im politischen Bereich erstellte die Parteileitung ein Papier zur Energie- sowie zur Gesundheitspolitik und initiierte die Durchführung einer Gesundheitstagung, die im Januar 2011 stattfand.

Im Auftrag der Parteileitung wurde weiter ein Papier zu Beteiligungen des Kantons erstellt mit dem Ziel, mögliche Handlungsoptionen aus politischer Sicht festzulegen. Diese wurden in der Parteileitung aktiv diskutiert inkl. Umsetzungsmöglichkeiten.

Im September kam es zu Wechseln in der Parteileitung nach dem Rücktritt von Irène Marti Anliker als Parteipräsidentin. Die von der Geschäftsleitung eingesetzte Findungskommission unter der Leitung von Margreth Schär (Mitglied der Parteileitung und Fraktionspräsidentin) führte viele Gespräche mit interessierten Personen und hat auch eigene Anfragen gestartet. Am 1. September übernahm der amtierende Vizepräsident Roland Näf das Präsidium der Kantonalpartei, in das Vizepräsidium wurden neu Sabina Stör Büschlen (Interlaken) und Ursula Zybach (Spiez) gewählt.

Die Herbst- und Wintermonate waren für die Parteileitung sehr turbulent und arbeitsintensiv. Sie bescherten unserer Partei als positiven Höhepunkt die Wahl von Simonetta Sommaruga in den Bundesrat, aber auch den Gerichtsfall Lumengo. Beide Ereignisse erforderten von der Parteileitung eine hohe mediale Präsenz und eine ausgewogene und transparente Kommunikation. Eine anspruchsvolle Aufgabe, die m.E. von den Betroffenen hervorragend gelöst wurde.

Die Aufgleisung der Ständeratsersatzwahlen schloss das intensive Politjahr ab.

Für die SP Kanton Bern war 2010 ein historisches Jahr, ein Jahr der Erfolge aber auch der Enttäuschungen – auf jeden Fall ein Politjahr, das vielen in Erinnerung bleiben wird.

## **2. Geschäftsleitung**

Die Geschäftsleitung (GL) traf sich 2010 zu zehn Sitzungen und führte im Dezember ihre jährliche Klausur durch. Die Geschäftsleitung wollte ursprünglich die Anzahl ihrer Sitzungen halbieren und sich nur noch mit strategischen Fragen auseinandersetzen. Doch es kam anders: Im Laufe des Jahres gab es immer wieder unaufschiebbare Geschäfte, die zwingend in einem breiter zusammengesetzten Gremium besprochen werden mussten oder statutarisch klar der Geschäftsleitung zugeordnet waren. Deshalb gab es zu den eigentlich geplanten 6-8 Sitzungen noch weitere zwei, die kurzfristig einberufen werden mussten.

## 2.1 Arbeitsinhalte 2010

Die Geschäftsleitung bearbeitete rund 48 Geschäfte. Naturgemäss haben die Wahlen die GL stark beschäftigt; zuerst die kantonalen, dann die eidgenössischen Wahlen sowie die Ständeratsersatzwahlen vom Frühjahr 2011.

Die Wiederwahl der rot-grünen Regierungsmehrheit im Kanton Bern sowie die Wahl von Simonetta Sommaruga in den Bundesrat im September 2010, waren die positiven Höhepunkte des Jahres. Es gab aber auch Negatives zu bewältigen: das schlechte Abschneiden bei den Grossratswahlen sowie die Turbulenzen nach der Verurteilung von Ricardo Lumengo wegen Wahlbetrugs.

Neben dem immer präsenten Wahltraktandum diskutierte die Geschäftsleitung mögliche Strategien bei der Behandlung der Energievorlagen, bereitete die drei Parteitage inhaltlich vor und fasste die notwendigen Abstimmungsparolen zuhanden der Delegierten.

Auch das Parteiprogramm der SP Schweiz wurde in der GL im Vorfeld des Parteitages der SP Schweiz engagiert diskutiert und als Folge wurden Anträge eingereicht.

Weiter hat die GL das überarbeitete Finanzreglement der Partei verabschiedet inkl. die Neuregelung der Mandatssteuern.

Nach siebeneinhalb Jahren verabschiedete die Geschäftsleitung im August 2010 Irène Marti Anliker als Parteipräsidentin. Der Parteitag wählte das neue Präsidium Roland Näf, Sabina Stör und Ursula Zybach am 31.8.2010.

Der Einstieg des neuen Präsidiums ins Politgeschäft war heftig: der mediale Sturm tobte im Zusammenhang mit der Bundesratswahl, mit dem bereits erwähnten Gerichtsfall und dem denkwürdigen Parteitag der SP Schweiz in Lausanne. Es gab keine Schonfrist für die Aushängeschilder der kantonalen SP, das Präsidium musste sich den Parteimitgliedern, den Medien und dem politischen Gegner umgehend stellen.

Die 2009 eingesetzten Ressort innerhalb der Geschäftsleitung haben die Erwartungen aus verschiedenen Gründen nicht erfüllt: unklare Aufträge, viele Absenzen und Zeitmangel haben das Funktionieren der Ressort erschwert. Die

Geschäftsleitung hat an ihrer Klausursitzung in Folge beschlossen, die Ressorts beizubehalten aber neu aufzugleisen, mit klaren Aufträgen und Fristen.

An der Klausursitzung wurde weiter über die kantonale Finanzpolitik diskutiert unter den herrschenden erschwerten Bedingungen diskutiert (Steuerausfälle, Sparmassnahmen) sowie über die möglichen Handlungsoptionen aus SP-Sicht.

Alles in allem war es ein sehr intensives Politjahr, das viel von allen Beteiligten verlangte.

Ich danke den GL-Mitgliedern für die sachlichen Diskussionen und ihren, manchmal kurzfristig einberäumten Einsatz.

## 2.2 Zusammensetzung der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern setzt sich wie folgt zusammen (Stand März 2010):

*Präsidentin / Präsident	Irène Marti Anliker, Bern bis 31.8.2010 Roland Näf, Muri ab 1.9.2010
*Vizepräsident / Vizepräsidentinnen:	Roland Näf, Muri bis 31.8.2010 Sabina Stör Büschlen, Interlaken ab 1.9.2010 Ursula Zybach, Spiez ab 1.9.2010
*Präsidentin der GR- Fraktion:	Margreth Schär, Lyss
**Parteisekretärin:	Angelika Neuhaus, Bern
**Parteisekretär:	Daniel Furter, Bern
Regierungsmitglieder:	Barbara Egger-Jenzer, Bremgarten Philippe Perrenoud, Tramelan Andreas Rickenbacher, Jens
Staatsschreiber:	Kurt Nuspliger, Bern
Vertreterin der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten	Simonetta Sommaruga, Spiegel bis 22.9.2010 Ursula Wyss, Bern ab 24.11.2010
Vertreterin SP Frauen:	Barbara Stalder Ritschard, Muri
Vertreter JUSO:	Nadine Masshardt, Bern
Genderfachperson:	Ursula Marti, Bern
Frei gewählte Mitglieder:	Kaspar Boss, Interlaken Alain Sermet, Bienne Wienert Fabian, Belp

\*Parteileitung

\*\*PL- und GL-Mitglieder ohne Stimmrecht

## 2.3. Stellungnahmen 2010

### 2.3.1 Vernehmlassungen 2010

Die Parteileitung verabschiedete folgende Vernehmlassungen:

- Sozialhilfeverordnung
- Musikschulgesetz
- Integrationsgesetz
- Gesetz über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter
- Gesetz über die bernischen Landeskirchen**
- Lotterieggesetz**
- Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes
- Einführung eines neuen Immobiliarsachen- und Grundbuchrechts
- Gesetz über freiheitsbeschränkende Massnahmen im Jugend- und Massnahmenvollzug und in der stationären Jugendhilfe
- Richtplananpassung 2010

Die Geschäftsleitung behandelte folgende Vernehmlassungen:

- Sozialhilfegesetz

### 2.3.2 Konsultationen 2010

- Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht
- Mitwirkung: Wasserstrategie 2010

Die Vernehmlassungsantworten können nach ihrer Verabschiedung jeweils auf der Homepage der SP Kanton Bern nachgelesen werden ([www.spbe.ch](http://www.spbe.ch)).

Angelika Neuhaus, geschäftsführende Parteisekretärin

## Parteitage

2010 war das Jahr der kantonalen Parteitage. Die SP Kanton Bern traf sich vier Mal zu wichtigen Entscheidungen.

### **Parteitag SP Kanton Bern vom 23. Januar 2010 im Hotel Bern, Bern**

#### **Wahlen: Die SP lässt niemanden sitzen**

#### **Energiemanifest: BERN IST NICHT KOPENHAGEN**

Der Parteitag bildete einen Auftakt zu den kantonalen Wahlen im März. Die SP will die stärkste Fraktion im Grossen Rat bleiben und sie will gemeinsam mit den Grünen die Regierungsmehrheit mit den Regierungsmitgliedern Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud, Andreas Rickenbacher und Bernhard Pulver weiterführen.

#### **Die SP kämpft für sichere Jobs, sichere Renten und saubere Energie**

Am Parteitag wurden die Forderungen der SP für den Wahlkampf vorgestellt. Die grösste Sorge der Bevölkerung ist heute die Arbeitslosigkeit. Deshalb will sich die SP für neue Jobs durch erneuerbare Energien und für eine gute Arbeitslosenversicherung einsetzen. Diese darf nicht mitten in der Krise abgebaut werden und die Arbeitslosen bestrafen.

Die Menschen haben Anrecht auf sichere Renten im Alter. Das Alter darf nicht wieder zu einem Armutsfaktor werden. Deshalb braucht es eine sichere 2. Säule und deren Renten dürfen nicht überstürzt gekürzt werden.

Für die zukünftigen Generationen ist eine saubere Energieversorgung von zentraler Bedeutung. Unser Klima darf nicht mit CO<sub>2</sub>-Schleudern zerstört und die Zukunft nicht mit weiterem radioaktiven Abfall, dessen Entsorgung immer noch ungelöst ist, belastet werden.

#### **"Der Berner Bär ist aufgewacht und aufgestanden unter der linken Regierung"**

Christian Levrat, der Präsident der SP Schweiz, lobte die Arbeit der vier Regierungsmitglieder von SP und Grünen: "Der Berner Bär ist aufgewacht und aufgestanden unter der linken Regierung". Die rot-grüne Regierung habe den Kanton Bern in den letzten vier Jahren in wichtigen Bereichen, wie Wirtschaftsförderung, erneuerbare Energien und Armutsbekämpfung vorwärts gebracht. Nur die SP könne weiteren sozialen und ökologischen Fortschritt bringen. Die SP engagiert sich hier mit konkreten Initiativen: Für neue Jobs durch erneuerbare Energien, für eine faire Finanzierung der Gesundheitskosten und für einen sicheren Service Public bei der Post.

## **Nein zum Rentenklau am 7. März**

Der Parteitag entschied einstimmig die Nein-Parole für die BVG-Abstimmung vom 7. März. Die SP will keine unnötige und überstürzte Rentenkürzung von 10 Prozent in der 2. Säule. Die längere Lebenserwartung wurde bereits bei der letzten Revision mit einer Senkung des Umwandlungssatzes von 7.2 auf 6.8 Prozent berücksichtigt. Die langjährigen Renditen werden nach der Finanzkrise weiterhin auf dem nötigen Niveau realisierbar sein. Schliesslich kassieren die Versicherungen immer noch bis zu 10 Prozent nur für ihre Verwaltungskosten.

## **Bern ist nicht Kopenhagen: SP lanciert Berner Energiemanifest**

Im Kanton Bern steht vor den Wahlen die Beratung des Energiegesetzes an. Der Parteitag verabschiedete ein Manifest für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik. Damit will die SP Kanton Bern Druck machen, damit das Berner Energiegesetz nicht in einem Fiasko wie Kopenhagen endet.

## **Parteitag SP Kanton Bern vom 29. Mai 2010 im Casino Kursaal in Interlaken**

### **Nein zum Abbau der Arbeitslosenversicherung**

**Ja zu «Zäme läbe - zäme schtimme»**

**Ja zu «Faire Steuern - Für Familien»**

Die SP-Gemeinderätin Sabina Stör eröffnete den SP-Parteitag im Kursaal Interlaken mit einem Appell für mehr Solidarität insbesondere zwischen Stadt und Land. Die SP wolle im Oberland auch nach der Niederlage bei den Grossratswahlen weiterkämpfen, denn auch dort stünden grosse soziale Probleme an, die gelöst werden müssen.

### **Grosse Freude über den Erfolg bei den Regierungsratswahlen**

Die glanzvoll wiedergewählten SP-Regierungsmitglieder Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher dankten für die breite Unterstützung in den Wahlen und erhielten langen Applaus für ihr grosses Engagement für einen sozialen und ökologischen Kanton Bern.

Die Parteipräsidentin Irène Marti Anliker zeigte sich in ihrer Rede beeindruckt, wie viele Mitglieder trotz der Wahlniederlage und dem spürbaren Gegenwind für die SP engagiert weiterkämpfen. Sie ist überzeugt, dass die rot-grüne Regierung trotz dem stark bürgerlichen Parlament ihre kompetente Arbeit und nachhaltige Politik für den ganzen Kanton weiterführen wird. Die SP wolle auch weiterhin keine opportunistische Politik machen und ihre Positionen wie andere Parteien je nach

Stimmungslage wechseln. Die SP müsse eine glaubwürdige Politik betreiben und sich für ihre Grundwerte wie Chancengerechtigkeit, Gleichstellung und Solidarität einsetzen.

Laut der externen Analyse von Claude Longchamp fand bei diesen Wahlen eine Stärkung der Mitte statt – und nicht mehr der Pole. Die SP habe Stimmen an BDP und GLP verloren, sowie bei den Nichtwählenden. In seiner kritischen Schlussbilanz zeigte er auf, dass die linke Wählerschaft mehrere Gruppen umfasst und die SP für alle diese Links-Mitte-Wählenden attraktiv sein müsse, um wieder zu gewinnen.

### **Ja zur Initiative «Faire Steuern - Für Familien»**

Der Parteitag unterstützt klar die kantonale Initiative «Faire Steuern - Für Familien». Diese will die ungerechte Pauschalbesteuerung abschaffen; den Kinder-Abzug erhöhen, um die Familien zu entlasten und die in eine neue Schuldenfalle führenden Steuersenkungen insbesondere bei vermögenden Personen rückgängig machen.

### **Abstimmungsparolen 26. September: Ja zur Initiative «Zäme läbe - zäme schtimme» und Nein zum Abbau der Arbeitslosenversicherung**

Die SP fällt heute auch die Parolen für die Abstimmungen vom 26. September 2010. Die Delegierten sagen deutlich Ja zur kantonalen Initiative «Zäme läbe - zäme schtimme», die den Gemeinden die Möglichkeit für das AusländerInnen-Stimmrecht einräumen will. Ebenfalls empfiehlt die SP der Bevölkerung einstimmig ein Nein zum Abbau der Arbeitslosenversicherung. Die vorgesehenen Kürzungen treffen die Schwächsten gerade in der Krise hart. Auch kann mit dem heutigen Gesetz die Arbeitslosenversicherung schneller saniert werden als mit dieser unsinnigen Revision.

### **Wahlen und statutarische Geschäfte**

Die Grossrätin Nadine Masshardt wurde als JUSO-Vertreterin neu in die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern gewählt und in der Geschäftsprüfungskommission löst Stefan Neuenschwander den bisherigen Präsidenten Heinz Rau ab. Der Parteitag genehmigte auch die Jahresrechnung und den Finanzplan und überarbeitete die Statuten. Dabei wurde eine Motion zur weiteren Pflege der Zweisprachigkeit verabschiedet.

### **Arbeitsplätze in Deisswil erhalten und die StudentInnenschaft der Uni stärken**

In einer Resolution verurteilt der SP-Parteitag das Vorgehen der Konzernführung in der Karton Deisswil. Aus purer Gewinnmaximierung werden mehrere hundert

Menschen auf die Strasse gestellt und in ihren Interessen und Anliegen nicht ernst genommen. Die SP fordert den Erhalt des Arbeitsorts Deisswil, einen vorbildlichen Sozialplan und erklärt sich solidarisch mit den betroffenen Angestellten.

Ebenfalls unterstützt die SP die StudentInnenschaft der Universität Bern und damit die Sicherstellung einer demokratischen Mitbestimmung der Studierenden. Die Grossrats-Fraktion wird sich mit Vehemenz für den Erhalt der SUB aussprechen.

## **Parteitag SP Kanton Bern vom 1. September 2010 im Hotel Kreuz, Bern**

### **Neuer Präsident: Roland Näf**

### **Bundesratskandidatin: Simonetta Sommaruga**

Nach über sieben Jahren an der Spitze der Kantonalpartei ist Irène Marti Anliker zurückgetreten. Ihr langjähriges und engagiertes Präsidium wurde von der SP-Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer gewürdigt. Irène Marti Anliker konnte mit der SP in dieser Zeit viele Erfolge feiern, so wurde 2003 mit Simonetta Sommaruga zum ersten Mal der Ständerat erobert und im 2006 folgte die Sensation einer rot-grünen Regierungsmehrheit. Aber es gab auch grosse Verluste, so bei den Nationalratswahlen 2007 und den Grossratswahlen 2010. Irène Marti Anliker will die gewonnene Zeit nutzen, um mit der SP weiter für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu kämpfen.

### **Neues Präsidium mit Roland Näf, Sabina Stör und Ursula Zybach**

Der bisherige Vizepräsident Roland Näf ist neuer Präsident der SP Kanton Bern. Der Grossrat und Schulleiter in Gümligen ist ein engagierter Bildungs- und Energiepolitiker und durch sein Engagement gegen mediale Gewalt schweizweit bekannt. Neue Vizepräsidentinnen sind die Interlakner Gemeinderätin Sabina Stör und die Spiezer Fraktionspräsidentin Ursula Zybach. Gemeinsam wollen sie die SP insbesondere auf dem Land wieder stärker verankern und klar aufzeigen, wie sich die SP für die Sorgen der Menschen interessiert und neue Lösungen sucht.

### **Nomination von Simonetta Sommaruga vom Parteitag einstimmig bestätigt**

Die SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga wurde vom Parteitag einstimmig nominiert. Es zeigte sich, dass Simonetta Sommaruga und ihre politische Arbeit nicht nur in der Bevölkerung breit geschätzt werden, sondern auch die Parteibasis voll und ganz hinter ihrer Kandidatur als Bundesrätin steht. Simonetta Sommaruga will sich im Bundesrat weiterhin für die Werte der SP, den Schutz der Schwächeren und der Umwelt, für eine gerechte und offene Schweiz einsetzen.

## **Ja zur Steuergerechtigkeit, Nein zur Ausschaffungsinitiative, Ja zum Gegenvorschlag**

Das Ja der Delegierten zur Steuergerechtigkeitsinitiative der SP, welche am 28. November zur Abstimmung kommt, fiel klar und deutlich aus. Dem Steuerwettbewerb, der immer mehr den Zusammenhalt der Schweiz gefährdet, müssen vernünftige Grenzen gesetzt werden.

Das Nein zur Ausschaffungsinitiative war unbestritten. Bei der Haltung zum Gegenvorschlag fand eine rege Diskussion statt. Am Schluss folgten die Delegierten dem Antrag der kantonalen Geschäftsleitung und sagten mit deutlichem Mehr Ja zum Gegenvorschlag, um mit der erstmaligen Verankerung in der Verfassung eine Verbesserung der Integration zu erreichen.

## **Parteitag SP Kanton Bern vom 24. November 2010 im Hotel Bern, Bern**

### **Ursula Wyss als Ständerats-Kandidatin nominiert**

Ursula Wyss stellt ihre Kandidatur unter das Motto «Miteinander statt Gegeneinander». Mit ihrer Wahl soll weiterhin der ganze Kanton im Ständerat vertreten sein, sowohl Stadt und Land, deutschsprachige wie frankophone Gebiete, die linke wie die bürgerliche Bevölkerung. Ursula Wyss zu ihrer Motivation: «Mir liegt dieser Kanton am Herzen. Für die Menschen in diesem Kanton will ich Politik gestalten.» Wie Simonetta Sommaruga will sich Ursula Wyss im Ständerat für die Arbeitnehmenden, MieterInnen, KonsumentInnen und die Familien einsetzen. Sie engagiert sich für eine gerechte Steuerpolitik mit einem JA zur Steuergerechtigkeits-Initiative an diesem Wochenende. Die 157 Delegierten nominierten Ursula Wyss einstimmig zur Ständerats-Kandidatin und sicherten ihr die aktive Unterstützung im Wahlkampf zu.

### **Erste Bilanz von Bundesrätin Simonetta Sommaruga**

Bundesrätin Simonetta Sommaruga zog eine «inoffizielle 24-Tage-Bilanz». Fast alle Themen in ihrem Departement seien von grosser gesellschaftspolitischer Bedeutung und der Funke zwischen ihr und dem Departement sei schnell gesprungen. Simonetta Sommaruga unterstützt Ursula Wyss, weil sie das Format für eine Ständerätin habe und auch über politische Grenzen hinweg Brücken bauen könne. Sie wünschte Ursula Wyss viel Erfolg bei der Wahl um ihre Nachfolge in der kleinen Kammer.

Die SP Kanton Bern legte ihre Listen für die Nationalratswahlen im Herbst 2011 fest. Mit vier Listen sollen die WählerInnen die Wahl haben: Die SP will mit einer Frauenliste, einer Männerliste, einer frankophonen Liste und einer

JUSO/Second@s-Liste zu den Wahlen antreten. Die Nomination der Kandidierenden wird am Parteitag vom 26. Februar 2011 stattfinden.

### **«Strom aus der Region für die Region» und ein klares Nein zum neuen AKW Mühleberg**

Als zweiten Schwerpunkt beschäftigte sich der Parteitag mit den Abstimmungen im Februar 2011. Das Podium mit SP-Nationalrätin Ursula Wyss, SP-Grossrätin Nadine Masshardt, BDP-Grossrat Mathias Tromp und FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen zeigte die unterschiedlichen Ansichten zur Energiezukunft. Während die beiden bürgerlichen Vertreter Wasserfallen und Tromp mit einem Vier-Säulen-Energiekonzept weiterhin auf die Atomenergie setzen wollen und Probleme bei der Umsetzung der Erneuerbaren sehen, zeigten Wyss und Masshardt auf, dass mit Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können und dies auch ökonomisch sinnvoller ist. Die Berner Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer zeigte auf, wieso die rot-grüne Regierung sich gegen Atomkraftwerke ausspricht, da diese Technologie veraltet, gefährlich, teuer und unnötig ist. Beim Atomabfall ist heute noch nichts gelöst. In wirtschaftlicher Hinsicht ist keine Versicherung bereit, das Risiko eines AKW zu versichern und ohne staatliche Finanzgarantien könnten AKW gar nicht mehr finanziert werden. Demgegenüber ist das Potential von erneuerbaren Energien in unserem Kanton riesig. Regierungsrätin Egger forderte: «Strom aus der Region für die Region».

Die SP-Delegierten fassten einstimmig die Nein-Parole zu einem neuen AKW in Mühleberg.

### **Motorfahrzeugsteuer: Ja zur Grossrats-Vorlage und Nein zum Volksvorschlag**

Ebenfalls am 13. Februar wird über eine Revision der Strassenfahrzeug-Besteuerung abgestimmt. Hier zeigte SP-Grossrat Markus Meyer auf, wie der Volksvorschlag der Autolobby sowohl umweltpolitisch wie auch finanzpolitisch für den Kanton die schlechtmögliche Lösung darstellt. Ein Steuerausfall von ca. 100 Millionen in der heutigen Zeit ist unverantwortlich. Die Grossrats-Vorlage schlägt ein Bonus-Malus-System vor, welches Anreize für energieeffiziente Autos bringt. Der SP-Parteitag sagt klar Ja zur Grossrats-Vorlage und Nein zum Volksvorschlag. Bei der Stichfrage ist der Vorzug bei der Grossrats-Vorlage.

In einer Resolution forderte der SP-Parteitag von der Roche eine Rücknahme der Schliessung des Standorts Burgdorf und erklärte sich solidarisch mit den betroffenen Arbeitnehmenden.

Daniel Furter, Parteisekretär

## Nationalrats- und Ständeratsdeputation

**Vertretung im Nationalrat:** Evi Allemann (SiK, KVF), André Daguët (RK, GPK, BeK Präsident), Margret Kiener-Nellen (FK, Präsidentin, GK), Hans Stöckli (SPK, KöB), Ursula Wyss (UREK, FK, Büro N, Fraktionspräsidentin). Ricardo Lumengo (APK) scheidet im November 2010 nach seinem Parteiaustritt auch aus der Fraktion aus.

**Vertretung im SR:** Simonetta Sommaruga (bis zur Wahl in den Bundesrat vom 22.9.10, Ersatz im SR ist Ende 2010 vakant)

Das Jahr 2010 war weiterhin politisch stark durch die Folgen der Bankenkrise und der UBS-Affäre geprägt: Frage der Regulierung der Grossbankenrisiken (Too-big-to-fail), Beschränkung der Boni-Exzesse und US-Staatsvertrag. Am 31. Mai 2010 legte die GPK den Bericht über die Finanzmarktkrise vor. Die Forderung der SP, aufgrund des Berichts eine Parlamentarische Untersuchungskommission PUK einzusetzen, wurde Mitte Juni durch ein Nein des Ständerates definitiv abgelehnt. In einem engen Zusammenhang mit der Frage der Boniexzesse stand die Behandlung der Abzocker-Initiative (Minderinitiative) und die Ausarbeitung eines direkten bzw. indirekten Gegenvorschlags. Mit ihrer bisherigen Verzögerungstaktik hat die bürgerliche Mehrheit klar demonstriert, dass sie weder daran interessiert ist, die Initiative rasch zur Volksabstimmung zu bringen, noch einen griffigen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Die SP ihrerseits hatte von Anfang Vorschläge für einen wirksamen direkten Gegenvorschlag unterbreitet und die sofortige Abstimmung über die Volksinitiative verlangt.

Der Versuch der politischen Rechten, im gesamten Sozialversicherungsbereich Sozialabbau zu betreiben, ging auch 2010 weiter, zum einen mit der Vorlage zur 6. IV-Revision (1. Teil) und vor allem auch mit der 11., AHV-Revision. In der Herbstsession brachte die SP-Fraktion die unsoziale AHV-Revision in der Schlussabstimmung zu Fall. Andernfalls hätte die Partei zusammen mit den Gewerkschaften das Referendum ergriffen.

Ein zentrales Thema war auch 2010 die wachsende Prämienexplosion in der Krankenversicherung, unter der breite Teile der Bevölkerung seit vielen Jahren leiden. Da die bürgerliche Mehrheit im Parlament trotz zahlreichen Vorstössen der SP bisher brauchbare Lösungen gegen die Prämienlast verhindert hat, wurde am 7. Oktober 2010 eine Volksinitiative für eine öffentliche Gesundheitskasse in der Öffentlichkeit präsentiert. Die SP spielt dabei im Trägerverein der Initiative eine wichtige Rolle. Die Initiative soll 2011 lanciert werden.

Zwei wichtige sozialpolitische Vorlagen kamen im Berichtsjahr 2010 zur Abstimmung:

- Die Senkung des Mindestumwandlungssatzes im BVG. SP und Gewerkschaften hatten gegen den geplanten Rentenklau das Referendum ergriffen. Die Vorlage wurde am 7. März 2010 mit einer Mehrheit von 72.7% wuchtig verworfen.
- Revision der Arbeitslosenversicherung: SP und Gewerkschaften hatten auch gegen diese Abbauvorlage zulasten der Arbeitslosen das Referendum ergriffen. Die AVIG-Revision wurde bedauerlicherweise in der Volksabstimmung vom 26. September mit einem Mehr von 53.4% angenommen. Auffallend dabei, dass in der Romandie die AVIG-Revision deutlich abgelehnt wurde. In der Romandie ist die Arbeitslosigkeit wesentlich höher als in der deutschen Schweiz.

Am 28. November kam die Steuergerechtigkeits-Initiative der SP zur Abstimmung. Leider wurde sie nach einer millionenschweren Kampagne der Economiesuisse mit einer Mehrheit von 58.5% abgelehnt. Der Ja-Anteil von 41.5% machte zumindest deutlich, dass Handlungsbedarf beim exzessiven Steuerwettbewerb besteht.

Politisch sehr heikel für die SP war die Ausschaffungs-Initiative mit dem direkten Gegenvorschlag, die ebenfalls am 28. November zur Abstimmung gelangte. Der schweizerische Parteitag hatte Ende Oktober in Lausanne zwar mit rund zwei Dritteln die 2xNein-Parole beschlossen, verschiedene Kantonalparteien – darunter auch die SP des Kantons Bern - hatten sich für ein Ja zum Gegenvorschlag ausgesprochen. Die Initiative wurde am 28. November mit 52.9% angenommen, der Gegenvorschlag mit 54.2% verworfen.

Für 2010 gibt es natürlich auch Erfreuliches aus den eidgenössischen Räten zu berichten, vor allem aus der Wintersession:

- Die SP konnte erreichen, dass der Ständerat die Schweizer Entwicklungshilfe erhöht. Bis 2015 soll diese 0.5 Prozent des Bruttoinlandprodukts erreichen.
- Dank der SP wird das Briefmonopol der Post nicht aufgehoben, Dies wird wesentlich zur Finanzierung eines starken Service public beitragen.
- Die SP sorgte dafür, dass die Bahnen in der Schweiz mehr Geld für Investitionen in die Infrastruktur erhalten, indem der Verpflichtungskredit für die SBB um 140 Mio. aufgestockt wurde.
- Ein weiterer Meilenstein wurde im Co2-Gesetz beschlossen: Der Co2-Ausstoss von neu zugelassenen Autos soll deutlich gesenkt werden. Andernfalls wird eine Herstellerabgabe fällig.

Ein Höhepunkt des Jahres waren schliesslich die Ersatzwahlen in den Bundesrat, die durch die Rücktritte von Moritz Leuenberger (SP) und von Hans-Rudolf Merz (FDP) nötig geworden waren. Für die Nachfolge von Moritz Leuenberger standen der SP-Fraktion gleich vier hochkarätige Kandidatinnen zur Verfügung. Die SP-Fraktion entschied am 3. September, der Bundesversammlung zwei Kandidatinnen zur Wahl vorzuschlagen, nämlich unsere Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga und die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr. Die vereinigte Bundesversammlung wählte am 22. September Simonetta Sommaruga im 4. Wahlgang mit 159 Stimmen glanzvoll in den Bundesrat. Historisch ist dabei, dass mit ihrer Wahl der Bundesrat zum ersten Mal aus einer Mehrheit von Frauen besteht.

Bericht: André Daguet

## Grossratsfraktion

2010 ist ein Wahljahr. Das bedeutet 2 Sessionen vor den Wahlen und 3 Sessionen nach den Wahlen.

Unsere Grossratspräsidentin Chantal Bornozy Flück hatte die Aufgabe bis zum Legislativende alle Geschäfte zu erledigen. Sie erreichte ihr Ziel durch geschickte Sitzungsleitung und mit ihrem welschen Charme. Sie hatte auch das Zeitbudget gut im Griff und hat den Rat wegen der vor Wahlen üblichen Vorstossflut, in den beiden letzten Sessionen zu je 2 Abendsitzungen aufgeboten.

Bis Ende April musste auch die Justizreform fertig vorbereitet sein. Die Justizkommission wurde zu diesem Zweck aufgestockt und hat in zahlreichen zusätzlichen Sitzungen den Wahlmarathon für die Junisession vorbereitet.

Die Wahlen im April haben sehr grosse Veränderungen gebracht. SVP und BDP haben massiv zugelegt, neu schaffte es die glp in den Grossrat, mit Ausnahme des PSA, der seine 3 Sitze halten konnte haben alle andern Parteien verloren. Auch die SP musste Sitzverluste hinnehmen und ist nun wieder 2. grösste Fraktion.

Folgende Fraktionsmitglieder sind zu den Wahlen nicht mehr angetreten oder wurden nicht wiedergewählt: Ueli Arm, Dorette Balli-Straub, Therese Beeri, Hans Bieri, Chantal Bornozy Flück, Annemarie Burkhalter-Reusser, Irene Hänsenberger, Andrea Lüthi, Paula Ramseier, Simon Ryser, Charles Stucki, Martin von Allmen und Andrea Zryd. Neu in der Fraktion sind Michael Aebbersold, Francis Daetwyler, Luc Mentha, Peter Siegenthaler, Adrian Wüthrich, Elisabeth Zäch und Hannes

Zaugg. Die drei Mitglieder des Parti socialiste autonome (PSA), der Separatisten und Sozialdemokraten aus dem Berner Jura, Jean-Pierre Aellen, Irma Hirschi und Maxime Zuber haben sich nach intensiven Verhandlungen der SP Fraktion angeschlossen. Es gibt eine einzige aber grundlegende Differenz in der politischen Haltung zwischen PSA und der übrigen Fraktion. Der PSA will, dass sich der Berner Jura dem Kanton Jura anschliesst. Die Kantonalpartei und die grosse Mehrheit der Fraktion wollen, dass der Berner Jura beim Kanton Bern bleibt.

Die Mehrheitsverhältnisse im Grossrat haben sich auf den ersten Blick zu unseren Ungunsten verschoben. Ob es wirklich so ist wird sich weisen. Es wird je nach Thema wechselnde Koalitionen geben und es ist nicht ausgeschlossen, dass wir im einen oder andern Fall unsere Anliegen durchbringen können.

In der Januarsession wurde die Initiative „zäme läbe-zäme stimme“ von der Mehrheit des Grossrats dem Stimmvolk zur Ablehnung empfohlen. Eine verpasste Chance für die Demokratie. Die Annahme der Initiative hätte es Gemeinden ermöglicht das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen einzuführen.

In der gleichen Session wird der Gebäudeversicherung durch Gesetzesrevision die Möglichkeit eingeräumt auch nicht elementaren Wasserschaden zu versichern. Bei Hochwasser gab es immer wieder Diskussionen darüber, welche Versicherung den Schaden begleichen soll, weil häufig nicht klar abgegrenzt werden kann ob es sich um einen Elementarschaden handelt oder nicht.

Am Ende der Januarsession wird Vizestaatsschreiber Renato Krähenbühl verabschiedet. Er verlässt die Staatskanzlei und wird Parteisekretär der BDP. Seine Nachfolge tritt Christiane Aeschmann an, eine Parteikollegin von uns.

In der Märzsession wurde vor den Wahlen noch einmal heftig debattiert. Das Energiegesetz eignete sich dafür bestens. Noch selten wurde um ein Gesetz in der 2. Lesung so heftig gerungen. Unsere Regierungsrätin Barbara Egger liess ein zukunftsgerichtetes Energiegesetz ausarbeiten, das den Co2 Ausstoss massiv reduzieren und gleichzeitig im Kanton Bern viele Arbeitsplätze schaffen würde. HIV und Hauseigentümerverband haben sich jedoch zum Ziel gesetzt, dieses Gesetz abzuschliessen. Es ist ihnen aber nicht gelungen. Einzelnen bürgerlichen Ratskollegen liegt das Klima am Herzen. Mit knapper Mehrheit wurde die Pflicht zur Erstellung eines Gebäudeenergieausweises für Gebäude, die vor 1991 gebaut und seither nicht saniert worden sind, im Gesetz verankert. Ausserdem wurde eine Lenkungsabgabe auf Strom dank vollzähliger Präsenz von SP/JUSO, Grünen und EVP ins Gesetz aufgenommen. Die Debatte zum Steuergesetz in der gleichen Session wurde für die Linke zum Debakel. So kurz vor den Wahlen machte die

bürgerliche Mehrheit ihrer Klientel unverantwortliche Steuergeschenke. Trotz Warnung, diese Gesetzesrevision würde für die Gemeinden zu Steuereinbussen führen, welche kompensatorischer Erhöhungen der Gemeindesteuer zur Folge haben und trotz schlechter Finanzprognosen für den Kanton.

Eine Motion der SP-JUSO-Fraktion, mit dem Auftrag, bei Verdacht auf Steuerhinterziehung für kantonale Steuerbehörden die gleiche Auskunftspflicht von Banken zu verlangen, wie sie ausländischen Behörden gewährt wird, wurde abgelehnt. Obschon sich der bürgerliche Finanzdirektor Gasche ein solches Instrument wünscht und die Motion annehmen wollte.

Heftig gestritten wurde auch darüber, ob Gemeinden im Anzeiger in einem redaktionellen Teil, Gemeindeinformationen abdrucken dürfen oder nicht. Ein Kompromissvorschlag der SP-JUSO, mit einer sehr restriktiven Regelung für Gemeindeinformationen, wurde schlussendlich ins Gemeindegesetz angenommen.

Zum Legislaturabschluss hatte die Präsidentin Chantal Bornoz Flück eine besondere Überraschung bereit. Sie lud die Rockmusiker „Pegasus“ aus Biel ein und zum ersten Mal in der Geschichte wurde im altherwürdigen Grosratsaal gerockt was das Zeug hält.

Mit der Junisession begann die neue Legislatur. Im Grossrat gibt es eine neue Partei die Grünliberale Partei (glp) und auch ein Drittel aller Ratsmitglieder ist neu. Der Grossrat tagt die nächsten vier Jahre in folgender Zusammensetzung:

SVP 44 Sitze,

SP-JUSO-PSA 38 Sitze (davon 3 PSA)

BDP 25 Sitze

FDP 17 Sitze

Grüne 16 Sitze

EVP 10 Sitze

EDU 5 Sitze

glp-CVP 5 Sitze (davon 1 CVP)

Die erste Session diente der Konstituierung, es wurden aber auch schon recht gewichtige Geschäfte beraten und dabei zeigte sich, dass es für die SP möglich ist auch in neuer Zusammensetzung Abstimmungen zu gewinnen.

Die Konstituierung ging nicht ganz ohne Nebengeräusche über die Bühne. Sabina Geissbühler-Struppler, von der SVP für die OAK vorgeschlagen, wurde vom Rat

nicht gewählt auch im 2. Anlauf nicht. Die SVP musste eine andere Kandidatur vorschlagen.

Das neue Unigesetz bringt der Uni mehr Autonomie. Über diese Autonomie haben wir in der Fraktion sehr ausführlich diskutiert. Die Formulierungen im Gesetz haben uns aber überzeugt, die SP-JUSO-PSA konnte dem Gesetz in vorliegender Form zustimmen. Die einzige Diskussion im Rat galt der Studentenorganisation SUB mit ihrer fast automatischen Mitgliedschaft. Diese „automatische“ Mitgliedschaft wurde von der SVP bekämpft, fand aber im Rat eine breite Mehrheit.

Eine wichtige Motion von Andrea Lüthi zur Armutsbekämpfung wurde mit grossem Mehr angenommen.

Peter Flück verlangte mit seiner Motion, dass sich die Regierung für den AKW-Standort Mühleberg einsetzt. Daraus entstand eine erste grosse AKW-Debatte. Die AKW-Mehrheit im Grossrat ist in neuer Zusammensetzung noch breiter als bisher. Wie die Bevölkerung darüber denkt wird die von der Regierung angekündigte Volksbefragung im Februar 2011 zeigen.

In der Juni und der Septembersession wurden sämtliche Richterinnen und Richter wieder- oder neu gewählt. Die grösste Herausforderung war die Wahl der 120 Laienrichterinnen und -richter aus über 1000 Kandidierenden. Die Justizkommission hat zusammen mit den Fraktionspräsidien ein Prozedere vorgeschlagen, das die Wahl einigermaßen gerecht abwickeln liess. Trotzdem gab es gerade bei diesen Wahlen am meisten Reklamationen.

Geschäftsbericht und Rechnung wurden von der Juni in die Septembersession verschoben. Der gute Rechnungsabschluss erlaubte auch dieses Jahr wieder 100 Mio. in den Investitionsfond zu überweisen, was bei einigen Bürgerlichen Unmut auslöste.

Vorstösse zu Notruf 144 in Berner Jura und Biel und die Pflegefinanzierung in der Spitex gaben viel zu reden.

Obschon im Rat von der Mehrheit unbestritten und abgelehnt wurde die Motion zum Kopftuchverbot in der kantonalen Verwaltung sehr lange – zu lange diskutiert. Vor der Novembersession trat Pierre-Yves Möscher aus dem Rat zurück. Für ihn ist seine Nichte Emilie Möscher nachgerutscht.

Sozialhilfegesetz (SHG) Finanz- und Lastenausgleichsgesetz (FILAG) und Energiediskussion prägten die Novembersession.

Im SHG geht es um Missbrauchsbekämpfung, Datentransfer im Speziellen, neue Regelung für die Rückerstattung und klare Umschreibung der Aufgabe der Behörden. Grosse Diskussion entstand darüber, ob neben der gesetzlichen

Regelung zum Datentransfer auch noch eine Generalvollmacht verlangt werden soll und zu welchem Zeitpunkt. Diese Frage wird erst in der 2. Lesung im Januar geklärt.

Im FILAG wurde der Lastenausgleich bei den Schulen ganz neu geregelt. Der Lastenausgleich in der institutionellen Sozialhilfe wurde anders aufgeteilt und ausserdem gegen den Willen der Linken für die Gemeinden ein Selbstbehalt von 20% eingeführt. Die Gesetzliche Grundlage für Sozialinspektoren ist ebenfalls im FILAG geregelt.

Die Beratung der Abstimmungsvorlage zur Rahmenbewilligung des AKW-Mühleberg wurde zur 2. heftigen AKW ja oder nein Debatte in diesem Jahr. Ebenso heftig wurde auch der Volksvorschlag zum Energiegesetz diskutiert. Hauseigentümerverband und HIV wollen das Energiegesetz abschwächen. Sie verlangen in ihrem Vorschlag die Streichung der GEAK-Pflicht und der bescheidenen Lenkungsabgabe. Diesmal gab es keine Mehrheit mehr für das Energiegesetz. Die bürgerliche Mehrheit empfiehlt den Volksvorschlag zur Annahme.

Auch der Volksvorschlag zur Motorfahrzeugsteuer Ecotax wurde beraten und von allen Fraktionen ausser der SVP zur Ablehnung empfohlen.

In der Budgetdebatte konnte die SP-JUSO-PSA einen kleinen Erfolg verbuchen. Die Motion mit dem Antrag auf ein höheres Lohnwachstum als die von der Regierung vorgesehenen 1,1%, wurde als Postulat angenommen.

Bilanz dieses Fraktionsjahres – die schöne Zeit der knappen Mehrheitsverhältnisse ist vorbei, aber trotzdem sind bei wichtigen Anliegen punktuell Erfolge möglich.

Margreth Schär, Fraktionspräsidentin

## **Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)**

### **Rapport 2010: une année en deux temps**

Sur les plans économique et social, l'année 2010 a été marquée dans le Jura bernois par une nette reprise, sensible surtout dans l'horlogerie, alors que les entreprises actives dans le décolletage ou la machine-outil faisaient état de bilans plus nuancés. Sur le plan politique, elle a été dominée, comme dans le reste du canton, par les élections cantonales et régionales, ainsi que par le renouvellement des autorités des trois principales cités. En parallèle, le monde politique et les

médias commencent à s'agiter autour de l'avenir institutionnel de la région, agitation qui contraste singulièrement avec le desintérêt que cette question suscite dans l'opinion publique, ainsi qu'en témoigne le faible écho généralement rencontré par l'Assemblée interjurassienne à l'heure de présenter son rapport dans des séances qui se voulaient interactives. Pour une large majorité de la population, les véritables enjeux sont en effet ailleurs aujourd'hui, et nombreux sont celles et ceux qui craignent que les acteurs politiques ne gaspillent dans un débat dépassé une énergie qui mériterait d'être investie dans des dossiers autrement plus essentiels pour l'avenir du Jura bernois : la dynamisation du tissu démographique et économique, la défense du service publique dans des domaines tels que la formation, la santé ou les transports, le renforcement aussi de la cohésion d'une région qui doit apprendre à mieux travailler en réseau, son positionnement face aux pôles urbains de Bienne ou de La Chaux-de-Fonds, avec lesquels il convient de penser les relations en termes de complémentarité et non de concurrence, tels sont quelques-uns des objectifs prioritaires de la région, objectifs qui ne sauraient devenir les otages de cette « Question jurassienne » dont chacun a encore en mémoire le mal qu'elle a causé à la population des nos districts. C'est là aussi, faut-il le rappeler, ce que le PS Jura bernois prône depuis de fort nombreuses années déjà.

### **Au Conseil du Jura bernois : premier bilan**

Le Conseil du Jura bernois a pu procéder à un premier bilan, largement positif, de son existence. Non que les difficultés aient manqué cependant : organe unique au monde, il a dû trouver sa place, apprendre à se faire respecter, faire admettre aux services de l'administration cantonale que, dans le Jura bernois, les choses se passaient différemment, trouver des modalités de collaboration efficaces avec le Conseil des Affaires francophones du district de Bienne (CAF). On peut affirmer toutefois, même si rien n'est jamais définitivement gagné, qu'il y est largement parvenu, exerçant notamment ses droits de participation avec sérieux et compétence, afin qu'en amont du processus législatif déjà, des solutions puissent être trouvées qui soient conformes aux intérêts bien compris du Jura bernois. Il faut souhaiter que le CJB sache, au cours de la législature qui a débuté en juin, devenir une force de proposition constructive et dynamique afin de faire mentir certains observateurs peu avertis qui font du Jura bernois une région volontiers geignarde. Parmi les dossiers qui ont plus particulièrement retenu l'attention du CJB, on notera la Fondation « Mémoire d'Ici », qui s'installera tantôt dans des locaux enfin adéquats, la Loi sur l'Ecole obligatoire ou le projet de Loi sur l'encouragement des activités culturelles, ainsi que l'analyse des pistes proposées

par l'AIJ dans le rapport évoqué ci-dessus, analyse au terme de laquelle le CJB fera connaître sa préférence, ainsi que sa position quant à l'organisation d'une nouvelle procédure plébicitaire.

### **Les élections cantonales et régionales : un bilan mitigé**

Le bilan des élections cantonales 2010 est, dans le Jura bernois, mitigé. Certes, la majorité gouvernementale rose-verte y a bénéficié d'un large soutien et Philippe Perrrenoud termine largement en tête dans sa région, distançant nettement le candidat radical et celui du PSA, lequel est en très net recul par rapport à 2006. Certes, le recul du PS est moins marqué dans le Jura bernois que dans d'autres régions du canton, puisque le PSJB conserve ses deux mandats de député, avec le sortant Roberto Bernasconi et Francis Daetwyler qui revient au Grand Conseil après une pause de huit ans. Le PSJB perd quelque 3%, tout comme le PSA d'ailleurs, alors que l'UDC voit sa représentation multipliée par deux.

L'avertissement doit être pris au sérieux : nous n'avons pas su tenir le discours que les Jurassiens bernois attendaient de nous. Ceci surtout parce que la campagne a été dominée par la question des relations avec le PSA et avec son leader.

L'attitude du PSS à l'endroit de la candidature de ce dernier, pourtant clairement dirigée contre Philippe Perrenoud, a fâché de nombreux militants du PSJB. Pis, elle a véhiculé le sentiment que le PS était plus préoccupé de stratégie fumeuse et d'arithmétique électorale que de valeurs sociales et de réponses aux problèmes que les gens d'ici rencontrent au quotidien. Une bien mauvaise manière, on en conviendra, de combattre le populisme professé à coups de millions par une certaine droite... Une leçon à méditer... et pas seulement dans le Jura bernois...

Pour les annales, on rappellera encore que Chantal Bornozy Flück a présidé le Grand Conseil jusqu'à fin mai, qu'elle aura été la première femme romande à accéder à cette fonction dont elle s'est acquittée avec chaleur et compétence. On veut croire qu'il ne faudra pas attendre 35 ans pour qu'un francophone accède à nouveau au perchoir...

Au Conseil du Jura bernois, le PS conserve ses trois sièges dans le district de Courtelary, avec Antoine Bigler, Francis Daetwyler et Christophe Gagnebin, rate de peu, une fois encore, la conquête d'un deuxième siège à Moutier où Marcelle Forster est réélue, et perd son siège à La Neuveville, où Martine Gallaz a été empêchée par des problèmes de santé de mener une véritable campagne.

## **Les élections communales : des succès indiscutables**

Les élections communales sont heureusement venues mettre du baume au coeur des socialistes du Jura bernois. En septembre tout d'abord, Roberto Bernasconi l'emportait dans la course à la mairie de Malleray dans le cadre d'une élection anticipée. A Moutier, la section locale, après avoir sans succès offert une collaboration au PSA, s'est associée au PEV et à quelques autonomistes modérés pour proposer aux citoyens une liste dénommée « Interface » avec l'ambition avouée de dépasser la logique des blocs voulue par l' « Entente jurassienne », liste qui a remporté un succès d'estime dont il faudra savoir tirer les fruits. A la mairie, Marcelle Forster a mené un combat digne dont elle n'a pas été justement récompensée : la réélection du maire sortant PSA ayant sans doute d'abord été celle d'un séparatiste, puisque le PSA perd un siège au Conseil municipal au profit du PDC avec lequel il était apparenté. A Saint-Imier, le PS retrouve à l'exécutif le siège perdu voici quatre ans, tandis que Tramelan confirme son rôle de bastion de la gauche : Milly Bregnard est largement réélue à la mairie, tandis que, avec plus de 47% (!) des suffrages, le PS emporte un dix-huitième siège dans un législatif qui en compte 37.

Ces résultats, ajoutés à ceux obtenus par exemple par l'initiative socialiste pour plus de justice fiscale, démontrent si besoin était encore que le PS peut gagner dans le Jura bernois, et sans doute ailleurs. A une condition toutefois : celle d'être et de tenir un discours authentiquement socialistes.

## **La vie du parti**

Le PSJB a tenu quatre congrès l'an dernier, dont certains, ceux qui avaient trait aux élections cantonales (Tavannes et Moutier), ont été mouvementés. Las d'être indéfiniment prisonnier des mêmes querelles, le vice-président Peter Borbély a jeté l'éponge en mai, suivi en cela par le secrétaire François Perrenoud qui a par ailleurs quitté le Jura bernois. A fin août, à Tavannes, le congrès acceptait le principe d'une présidence collégiale qui prendrait la forme d'un Bureau de quatre personnes chargées d'assurer un fonctionnement plus efficace, plus proactif, plus lisible du fonctionnement du parti. En novembre, à Bévillard, le Congrès désignait pour oeuvrer au sein de cet organe Martine Gallaz de Nods, Gérard Bigler de Reconvilier, Serge Büttiker de Sonceboz et Christophe Gagnebin de Tramelan.

On notera encore que le congrès d'août avait accepté le principe d'une liste socialiste francophone dans l'optique des élections fédérales 2011, liste qui aurait comporté des candidats émanant du PS Jura bernois, du PSR de Bienne et du

PSA, ainsi que deux représentants des Romands de la région bernoise. Après avoir fait longtemps traîner les choses, le PSA opposait en décembre une fin de non-recevoir dont les autres partenaires impliqués ne pouvaient que prendre acte.

Enfin, les sections ont été invitées à se pencher sur un document programmatique intitulé « Ici et maintenant », réflexion qui devrait déboucher sur l'adoption des axes prioritaires du PS Jura bernois au cours des années à venir et dont le moindre des mérites n'est pas celui de proposer aux militants de retrouver le goût de la « vraie politique », afin que notre parti puisse être une formation politique avec laquelle on soit plus fier encore de s'identifier.

Christoph Gagnebin

## Bericht SP-Frauen Kanton Bern

Der Anfang des Jahres war von den Wahlen in den Regierungs- und Grossrat geprägt. Uns war es ein grosses Anliegen, dass die Listen für den Grossrat hälftig mit Frauen besetzt waren, dabei wurden wir auch von der Parteileitung unterstützt. Leider gelang es uns nicht, dies in allen Regionen zu erreichen. Wir werden dieses Ziel aber auch bei den nächsten kantonalen Wahlen wieder haben. Bereits heute ist es wichtig, dass geeignete Frauen in den Sektionen „aufgebaut“ werden. Es ist meist einfacher Männer für eine Kandidatur zu finden. Frauen sind immer noch zurückhaltender, müssen konkret angefragt und ermutigt werden. Viele sind mit Familie und Beruf schon sehr stark ausgelastet und nicht wenige arbeiten beim Kanton und müssten sich bei einer Wahl zwischen Anstellung und Mandat entscheiden.

Die HV fand am 20. Februar im Botanischen Garten in Bern statt. Auch sie war von den Wahlen geprägt. Barbara Egger informierte uns in einem Rück- und einem Ausblick über ihre Tätigkeit als Regierungsrätin. Die anwesenden Grossratskandidatinnen wurden von zugeteilten Wahlhelferinnen befragt und dann den anwesenden Frauen als passende Pflanze vorgestellt. Obschon an diesem Tag in Bern die Fasnacht stattfand, war die HV gut besucht, eine Kandidatin kam sogar in einem wunderschönen Fasnachtskostüm. Bei einer Führung bot sich die Gelegenheit, den Botanischen Garten – eine grüne Oase mitten in der Stadt Bern – näher kennenzulernen.

Vom Ergebnis der Grossratswahlen waren wir dann sehr enttäuscht, insbesondere das schlechte Abschneiden der Frauen und die Abwahl dreier Grossrätinnen schmerzten uns sehr. Trotz aller Anstrengungen ist es uns nicht gelungen die Wählerinnen zu überzeugen und genügend Personen an die Urne zu bringen. Aber mir lö nid lugg!

Im Leitungsgremium gab es im letzten Jahr einige Wechsel: Sandra Egli reiste für einige Monate nach Afrika, sie wird aber nach ihrer Rückkehr wieder mitarbeiten, wir freuen uns darauf. Eva Hardmeier musste sich aus dem Leitungsgremium zurückziehen, da ihr neben ihrer Arbeit und ihrer Ausbildung nicht mehr genügend Zeit zur Verfügung steht. Dorette Balli, die im Leitungsgremium den Kontakt zur Grossratsfraktion sicherstellte, wurde leider nicht mehr in den Grossen Rat gewählt und zog sich daher auch aus dem Leitungsgremium zurück. Ich möchte diesen zwei Frauen auch hier sehr herzlich für die grossartige Arbeit im Leitungsgremium und für die SP-Frauen danken! Zum Glück konnte mit Ursula E. Brunner wieder eine engagierte Grossrätin gefunden werden, merci vielmal. Dank ihr und Barbara Nyffeler und Regina Fuhrer, die seit 2010 im Leitungsgremium mitarbeiten, können wir die vielfältigen Aufgaben bewältigen. Ich freue mich immer auf unsere

monatlichen Sitzungen, auch dank meiner Vizepräsidentin Ursula Meier, Nadja Kehrl-Feldmann, die die Frauenseite im links.be koordiniert und natürlich auch dank Angelika Neuhaus und Sonja Walther, die von Amtes wegen dabei sind, ihre Aufgabe aber mit viel Herzblut ausführen.

Am 22. September 2010 war für uns ein Freudentag: Simonetta Sommaruga wurde in den Bundesrat gewählt und damit wurde im Bundesrat auch die Frauenmehrheit erreicht! Für mich als Präsidentin der SP Frauen des Kantons Bern war es einer der schönsten Tage in meinem Leben.

Durch unseren Sitz in der Geschäftsleitung und der WAK ist hier die Zusammenarbeit gesichert und funktioniert gut.

Mit der neuen Parteileitung haben wir uns bisher einmal getroffen. Hier sind sicher noch einige Absprachen nötig, aber „das chunt“.

Barbara Stalder Ritschard, Präsidentin

## **Bericht der JUSO**

Das Jahr 2010 stand für die JUSO Kanton Bern einerseits unter einem personellem Wechsel, andererseits unter dem vollen Einsatz für die 1:12-Initiative. Im Mai 2010 durfte der neu zusammengesetzte Vorstand mit viel frischer Energie die Arbeit aufnehmen. Nach zwei Jahren übergab Nadine Masshardt das Präsidium an Diego Bigger und vertritt seither die JUSO in der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern. Neu in den Vorstand gewählt wurden Dominik Fitze (Stadt Bern), Jonas Haldemann (Wohlen), Sabrina Bispo (Interlaken) und Simon Heiniger (Interlaken). Nicht mehr zur Wahl angetreten sind Björn Mosler (Oberraargau), Dana von Allmen (Interlaken) und Lorenz Gfeller (Wohlen).

Praktisch alle Sommer- und Herbstmonate standen unter dem Engagement für die 1:12-Initiative. Es galt das Ziel von 120'000 Unterschriften bis Ende September zu erreichen. Lange sah es so aus, als würden wir es nicht schaffen. Doch nicht zuletzt dank dem unermüdlichen Einsatz der Berner Sektionen gelang es der JUSO Schweiz das ehrgeizige Ziel zu erreichen. Es ist nicht selbstverständlich, dass eine Jugendorganisation ein solches Projekt umsetzen kann – doch nun muss die Politlandschaft definitiv mit uns rechnen und die Abzocker sich warm anziehen.

Ein weiterer Meilenstein für die JUSO Kanton war die Auferstehung der JUSO Köniz. Nachdem sie vor einigen Jahren mangels Mitgliedernachwuchs eingegangen war, wurde sie anfangs 2010 unter der Federführung von Jonas

Hirschi und mit 30 neuen Mitgliedern wiederbelebt. Sie entpuppte sich in der Zwischenzeit als dynamische und sehr aktive Sektion. Wir hoffen auf viele weitere erfolgreiche Jahre der JUSO Köniz.

Ein über das Jahr 2010 immer wichtiger werdendes Thema sind natürlich die Eidg. Wahlen 2011. Die JUSO Kanton Bern hat bereits im Sommer erste Pläne geschmiedet und ab Herbst einen Wahlausschuss eingesetzt. Die JUSO wird diesmal mit einer eigenen Liste an den Wahlen antreten und zusätzlich vier Spitzenkandidierende auf den SP-Stammlisten haben. Mit unserem Wahlkampf wollen wir ein Wählersegment ansprechen, welches die SP nicht erreicht. Aber auch die Kandidierenden sollen eine wertvolle Erfahrung machen können und einen spannenden Wahlkampf miterleben.

Das JUSO Jahr 2011 wird zu einem grossen Teil weiterhin im Zeichen der Nationalratswahlen stehen. Weiter sollen die Mitgliederzahlen der einzelnen Sektionen erhöht werden, dies v.a. durch die Unterstützung von kleineren Sektionen, die einen Generationenwechsel vor sich haben (Biel, Oberaargau, Emmental). Ganz allgemein sollen die JUSO-Mitglieder im Kanton Bern durch den Wahlkampf und durch regelmässige Infos von der JUSO Kanton Bern einander ein wenig näher kommen. Denn nur gemeinsam unter uns und mit der SP können wir die Wahlen gewinnen!

Diego Bigger, Präsident JUSO Kanton Bern

## **Regionalverbände und Sektionen**

### **Regionalverbände**

Die Parteileitung traf sich am 29.6.2010 mit Vertretungen der Regionalverbände (RV). An der Veranstaltung wurde über die von der Task-Force beschlossenen Massnahmen nach dem schlechten Abschneiden bei den Grossratswahlen informiert sowie über die parteiinterne Neuregelung der Mandatssteuern nach der Justizreform.

Im Mittelpunkt standen die ersten Informationen zu den Nationalratswahlen 2011, damit die Regionalverbände aktiv die Suche nach geeigneten KandidatInnen angehen können.

Die Situation bei den Regionalverbänden präsentiert sich, auch nach eigenen Rückmeldungen, sehr verschieden: Es gibt aktive Regionalverbände mit hoher

Präsenz und vielseitigen Aktivitäten, andere RV kämpfen jedoch ums Überleben: Es fehlen aktive Personen in den Vorständen und die Identifikation der Sektionen mit ihrem RV ist nur schwach vorhanden.

Diese mangelnde Identifikation der Sektionen mit „ihren“ Regionalverbänden hat u.a. mit der Reorganisation der kantonalen Wahlkreise zu tun. Es gibt Sektionen, die innerhalb von 10 Jahren bereits zweimal den Regionalverband wechseln mussten. In diesem Zusammenhang ertönt häufig der Ruf nach den bereits 2002 aufgehobenen 26 SP-Amtsverbänden. Da fühlten sich die Sektionen und Mitglieder aufgehoben, man kannte sich und unternahm häufig gemeinsame Aktivitäten. In den teilweise sehr grossen Regionalverbänden, die sich an den Wahlkreisen orientieren, ist es schwierig Gemeinsamkeiten zu definieren und ein Zusammenhörigkeitsgefühl zu entwickeln.

Die Personen, welche bereits in ihren Sektionen aktiv sind, übernehmen häufig die Vorstandsposten auch im Regionalverband. Da gibt es kaum noch Ressourcen für Neues, Verbindendes. Nur das Notwendigste wird erledigt, die Sektionen kaum begleitet und regional selten unterstützt.

Die Regionalverbände sind zweifelsohne wichtige Partnerinnen der Kantonalpartei - sie sind das Bindeglied zu den Sektionen, sie kennen die Verhältnisse und die Personen vor Ort am besten und können je nach Bedarf adäquat reagieren.

Die Kantonalpartei wird sich mittelfristig überlegen müssen, welche Struktur sich für eine erfolgreiche politische Arbeit auf der regionalen und kommunalen Ebene eignet und welche Massnahmen dafür notwendig sind.

Angelika Neuhaus, geschäftsführende Parteisekretärin

## **Sektionen**

### **Vorstandskonferenzen**

Die Vorstandskonferenzen, die von der Parteileitung und dem Sekretariat durchgeführt werden, bieten eine gute Möglichkeit, sich mit der Parteileitung und dem Sekretariat auszutauschen. Die Konferenzen 2010 wurden im August in den einzelnen Regionalverbänden durchgeführt. Schwerpunkte der Konferenzen waren

- Kampagnejahr 2010/2011
- National- und Ständeratswahlen 2011

- Gemeindewahlen

Die wichtigsten Kampagneereignisse 2010/2011 sind die Cleantech-Initiative, im Februar 2011 die Abstimmung über ein neues AKW in Mühleberg und schliesslich im Mai 2011 die Abstimmung über das kantonale Energiegesetz.

Für die National- und Ständeratswahlen 2011 wurde die Kampagne der SP Schweiz, der SP Kanton Bern und der SP Frauen Kanton Bern vorgestellt. Die Sektionen werden aufgefordert, das neue Logo und das Website-Tool der Kantonalpartei respektive der SP Schweiz zu übernehmen. Damit kann die Partei einheitlich und besser sichtbar auftreten.

Intensiv wurde die Frage der Mobilisierung in den Sektionen für die Gemeindewahlen diskutiert. Fazit: Wenn wir wollen, dass in unserer Gemeinde wieder mehr Leute SP wählen, brauchen wir eine grosse Präsenz mit Themen und Köpfen.

Die Konferenzen auf einen Blick

Regionalverband	Datum	Ort
Konferenz 1 RV Biel/Bienne.Seeland Anwesend: 27 Pers.	Montag, 16. August	Lyss
Konferenz 2 RV Thun/Oberland Anwesend: 12 Pers.	Dienstag, 17. August	Spiez
Konferenz 3 RV Oberaargau Anwesend: 16 Pers.	Montag, 23. August	Langenthal
Konferenz 4 RV Emmental Anwesend: 14 Pers.	Dienstag, 24. August	Burgdorf
Konferenz 5 RV Bern-Mittelland Anwesend: 29 Pers.	Dienstag, 31. August	Bern

### Sektionsreform

Der Druck der kleineren Sektionen etwas gegen die drohende Auflösung zu unternehmen nimmt zu. So wurden im Berichtsjahr etliche Gespräche mit Sektionen geführt, um Möglichkeiten zu diskutieren, ein längerfristiges „Überleben“ zu ermöglichen. Deshalb haben sich die Sektionen Lauperswil und

Rüderswil zusammen geschlossen. Ebenfalls zeichnet sich ein Zusammenschluss der Sektionen Ersigen und Kirchberg zur Sektion „Unteres Emmental“ ab. Die Sektionen Hasle, Lützelflüh, Rüegsau und Affoltern schliessen sich zur Sektion „Mittleres Emmental“ im Februar 2011 zusammen. Im ehemaligen „Bürenamt“ werden Gespräche für einen Zusammenschluss geführt. Die Sektionen Wohlen, Kirchlindach und Meikirch haben ein Konzept ausgearbeitet, das ihnen ermöglicht unter der Sektion „Frienisberg Süd“ aktiv zu werden.

Parteileitung und Sekretariat sind überzeugt, dass dies Schritte in die richtige Richtung sind damit die SP auch auf dem Land gestärkt wird.

### **Bildungsveranstaltungen für Sektionsvorstände**

Das Sekretariat bot 2010 folgende kostenlose Bildungsveranstaltungen für Sektionsvorstände an

Datum	Zeit	Ort	Anlass
22. April	18.30- 20.40	Hotel Bern, Bern Zeughausgasse 9	Wie gewinnen wir? Bildungsveranstaltung für Sektionen mit Gemeindewahlen 2010
18. Mai	18.00- 21.00	Hotel Bern, Bern Zeughausgasse 9	Mehr Mitglieder für unsere Sektion
11. Sep.	09.30- 12.00	iSi-Informatik Eigerplatz 5 Bern	Web-Schulung Reto Müller max. 12 TeilnehmerInnen
16. Nov.	18.30- 20.30	iSi-Informatik Eigerplatz 5 Bern	Admo-Schulung Yves Bertrand, SPS max. 12 TeilnehmerInnen
18. Nov.	18.30- 20.30	iSi-Informatik Eigerplatz 5 Bern	Admo-Schulung Yves Bertrand, SPS max. 12 TeilnehmerInnen

Leider mussten die Veranstaltungen „Mehr Mitglieder für unsere Sektion“ und „Mehr Geld für unsere Sektion“ abgesagt werden, da sich lediglich pro Veranstaltung 3 Personen angemeldet haben.

Die durchgeführten Veranstaltungen waren gut besucht und die Rückmeldungen durchwegs positiv.

Toni Marbot, Sachbearbeiter

## **Fachausschuss Bau, Verkehr, Energie, Oekologie (BVEO)**

Im Jahr 2010 fanden vier Sitzungen des Fachausschusses statt. Thematische Schwerpunkte waren die Planung der umweltpolitischen Abstimmungen als da sind:

Konsultative Abstimmung AKW Mühleberg

Volksvorschlag Motorfahrzeugsteuern

Volksvorschlag Energiegesetz

Volksinitiative Bern erneuerbar

Weitere Themen waren die Team Region Bern, das Wassernutzungsgesetz, die Vernehmlassung über das Gesetz „Finanzierung der Sanierung von 300-Meter Schiessanlagen“ sowie die jeweiligen Geschäfte des Grossen Rates.

Die Parteileitung beauftragte die parteiinternen Fachausschüsse, das vorliegende Budget 2011 des Kantons auf mögliche Sparmassnahmen aus SP-Sicht zu überprüfen. Ziel war es, in der Novembersession im Rahmen der Budgetdebatte aus SP-Sicht Sparvorschläge einzubringen. Der Fachausschuss BVEO war der Auffassung, dass Einsparungen im Bereich des Strassenbauprogramms anzustreben sind. Aus diesem Grund schlug er vor beim Bauprogramm Schicht 4 und 5 zu streichen weil es sich hierbei um Projekte handelte, welche nicht mindestens ein mittleres Kosten- Nutzen-Verhältnis und Nachhaltigkeit erfüllen.

Ruedi Käser gab seinen Rücktritt als Präsident des FA bekannt. Er erhielt einen grossen Dank für seine langjährige Arbeit für die SP! Der Fachausschuss schlug Ursula E. Brunner als Nachfolgerin vor, und sie von der Geschäftsleitung gewählt.

21.02.2011, Ursula E. Brunner

## **Fachausschuss Bildung**

Für den Fachausschuss Bildung bildete sicher die Vernehmlassung zur Revision des Volksschulgesetzes (REVOS 2012) ein gewichtiges Geschäft. Im Zentrum der Revision stehen für die SP die Einführung der Basisstufe und eine genügende gesetzliche Grundlage für die Schulsozialarbeit. Die SP bedauert, dass REVOS 2012 zu einer Minivorlage verkommen ist und wichtige Grundsatzentscheide über den gymnasialen Unterricht und damit die Reform der Sekundarstufe 1 verzögert werden.

Daneben beschäftigte sich der FA intensiv mit der Umsetzung der Integration gemäss Artikel 17 VSG. Die Fraktion SP-JUSO-PSJB macht sich grosse Sorgen, dass die Integration mit den vorhandenen Ressourcen nicht zufriedenstellend umgesetzt werden kann und hat deshalb im Grossen Rat eine Motion eingereicht. Diese verlangte für die Lehrpersonen zusätzliche Ressourcen. Die Motion wurde jedoch abgelehnt. Es ist eine Frage der Zeit, bis die SVP einen Frontalangriff auf die Integration starten wird.

Im Fachausschuss wurden im vergangenen Jahr folgende Themen behandelt:

- 13. Januar 2010 Schulen unter privater Trägerschaft versus Kantonalisierung auf der Sekundarstufe 2 (Wirtschafts- und Handelsmittelschulen)
- 10. März 2010 Zukunft der Pädagogischen Hochschule Bern
- 26. Mai 2010 Sind die Schulleitungen der Volksschule genügend auf ihre Aufgabe vorbereitet?
- 25. August 2010 Integration, Artikel 17 VSG: Stand nach 1. Umsetzungsjahr
- 17. November 2010 Künftige Ausgestaltung des 9. Schuljahrs inkl. GU9 und Quarta

Folgende Vernehmlassungen wurden durch den FA Bildung bearbeitet:

- Vernehmlassung zur Revision des Volksschulgesetzes (REVOS 2012)

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Fachausschusses herzlich für die engagierte Mitarbeit. Nur Dank ihrem breiten Fachwissen können wir unsere Anliegen auch fundiert diskutieren und im Grossen Rat und bei Vernehmlassungen einbringen.

Die SP wird allen Kürzungen im Bildungsbereich vehement entgegentreten. Es darf nicht sein, dass bei unserem einzigen Rohstoff ein weiteres Mal die Sparschraube angesetzt wird. Bildungskosten sind keine Ausgaben, sondern Investitionen in die Zukunft.

Ganz besonders danke ich meinen engsten Mitstreiter/innen Toni Marbot und bis im März Charly Stucki. Charly hat in den letzten Jahren die SP Bildungspolitik mitgeprägt. Dafür danke ich dir herzlich. Neu hilft die erfahrene Bildungspolitikerin Irene Hänsenberger das Bildungsschiff der SP als Co-Präsidentin auf Kurs zu halten.

Res Blaser, Co-Präsident

## Fachausschuss Finanzen, Arbeit und Wirtschaft

Der Fachausschuss trat im Berichtsjahr zu vier Sitzungen zusammen.

Das Berichtsjahr war geprägt durch eine finanzpolitische Verunsicherung. Im Laufe des Jahres stellte sich heraus, dass die viel diskutierte Wirtschafts- und Finanzkrise den Kanton Bern nicht im vollen Umfang traf und in etlichen Bereichen durch unnötige Sparmassnahmen überreagiert wurde.

Im Januar nahm der Ausschuss Stellung zum geplanten Ausbau des Flughafens Bern-Belp. Die in regelmässigen Millionentranchen erfolgende und erneut vom Regierungsrat beantragte Unterstützung der privaten Trägerschaft wird vom Ausschuss abgelehnt. In Belp wird nie ein Flughafen mit mehr als regionaler Bedeutung entstehen. Und auch ein solcher ist gemäss vertieften Analysen nie wirtschaftlich tragbar.

Der FA nahm positiv Stellung zur geplanten Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes, die eine kleine Ausweitung des Geschäftsbereichs vorsieht.

Der FA nahm recht kritisch Stellung zur Lancierung der Steuergerechtigkeitsinitiative des Kantonalen Gewerkschaftsbundes. Einerseits ist es bedauerlich, wie die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates wider besseres Wissen stets wieder Steuerbegünstigungen für ihre Klientel verabschiedet, andererseits ist es schwierig, gegen eine solche Selbstbedienungsmentalität mit einer Initiative anzukämpfen. Es wird befürchtet, dass die berechtigten Anliegen der Initiative (Abschaffung der Pauschalbesteuerung und Erhöhung der Kinderabzüge), letztlich vom Volk als Steuererhöhungsbegehren wahrgenommen werden wird.

Der FA vertritt die Meinung, dass sich die SP erneut zur Frage der Randregionen äussern sollte. Immer wieder legt die Regierung Kreditgeschäfte vor, die in keinem Verhältnis zur Wirkung stehen. Für die Sanierung oder den Neubau einer Strasse werden mehr Mittel aufgewendet als die Umsiedlung der ganzen betroffenen Bevölkerung kosten würde. Es stellt sich die Frage, ob die SP des Kantons Bern in Zeiten knapper Mittel nach wie vor zur uneingeschränkten Erschliessung aller Randgebiete stehen soll.

Der FA liess sich vom Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion über das Schwerpunktthema Waldwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie orientieren. Mit Andreas Rickenbacher als Volkswirtschaftsdirektor wird der nachhaltigen Entwicklung der bernischen Volkswirtschaft mit einem speziellen Augenmerk auf ökologische Verträglichkeit mehr Gewicht beigemessen als unter seiner Vorgängerin.

Im September wurden mögliche Sparmassnahmen geprüft. Wie seit Jahren steht der FA den Ausgaben für den Neubau von Strassen sehr kritisch gegenüber. Ein politisch heikles Thema ist die Trennung von Kirche und Staat, die im Kanton Bern von keiner Partei zur Diskussion gestellt wird.

Im Herbst ging das Präsidium des Fachausschusses nach sieben Jahren unter meiner Leitung an Grossrat Patric Bhend über.

Matthias Burkhalter, Präsident

## Fachausschuss Gesundheit und Soziales

Der Fachausschuss Gesundheit und Soziales traf sich im vergangenen Jahr wie bisher am Montag vor den Grossratssessionen von 18 bis 20 Uhr zu insgesamt fünf Sitzungen. Leider kamen immer weniger Teilnehmer, auch aus der Fraktion, so dass wir uns mehrmals fragten, ob der Aufwand noch sinnvoll ist.

Der Montag ist wohl für viele ein schwieriger Tag, aber das lässt sich vorläufig nicht ändern.

Für die Anwesenden war es jeweils sehr interessant. Die Gespräche mit den Vertretern der GEF waren für beide Seiten aufschlussreich. Hingegen lohnt es sich wohl nicht mehr, auswärtige Referenten einzuladen. Lohnen sich die für Toni Marbot aufwändigen Protokolle? Schaut doch mal die guten Folien zu den verschiedenen Themen an! Vorläufig fahren wir so weiter.

1. An der Januarsitzung 2010 stellte RR Philipp Perrenoud dem Fachausschuss die neue Vorsteherin des Spitalamtes, Frau Annamaria Müller-Imboden vor. Sie hat am 1. Mai 2009 die Nachfolge von Erhard Ramseier angetreten. Es gab ein Gespräch über die Spitalplanung und die Spitalliste. Zu reden gab die Motion: Neubau Spitalnetz Bern AG auf dem Inselareal: ohne Scheuklappen alle Optionen anschauen, zu reden.

2. An der zweiten Sitzung am 8. März stellte Nicole Bachmann, Leiterin für wissenschaftliche Auswertung GEF den 4. Gesundheitsbericht vor. Seit 30 Jahren ist die GEF im Bereich der Gesundheitsberichterstattung aktiv. Der Bericht enthält eindruckliche Darstellungen der Zusammenhänge zwischen soziakulturellem Status und Sterblichkeit/ Erkrankungshäufigkeit/ psychischen Störungen, der Zunahme von übergewichtigen Kindern, v.a. in Abhängigkeit von Nationalität und des familiären Wohlstandes (s. Folien im Protokoll).

3. Am 25.Mai stellten Prof. Dr. Msc André Busato, Institut für Evaluative Forschung der Orthopädie, Universität Bern und der Hausarzt Dr. med. Beat Künzi, Leiter Swisspep, Bern die Gesundheitsversorgung in der Schweiz vor. Eindrücklich sind die grossen regionale Unterschiede, so dass man wirklich von regionaler Überversorgung, vor allem in den Städten, und Unterversorgung auf dem Land sprechen kann. In der Diskussion wurde klar, dass die Versorgungsforschung etwas sehr wichtiges wäre, um im Gesundheitswesen planen zu können. Leider sind Universität und Wirtschaft nicht an solchen Themen interessiert. Dazu bräuchte es einen Professor für Hausarztmedizin!

4. An der vierten Sitzung 30.August informierten Roland Beerli, Abteilungsvorsteher Amt für Integration, über das Integrationsgesetz unter dem Grundsatz: Fördern und Fordern, und Frau Andrea Hornung, Abteilungsleiterin Abteilung Alter über den Stand der Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung. Sie tritt schon am 1.1.2011 in Kraft und führt zur Entlastung der Pflegebedürftigen und Krankenkassen, dafür zu einer Mehrbelastung des Kantons mit 82 Mio.

5. In der Novembersitzung berichteten Margreth Schär und André Gattlen über die Ergebnisse der grossrätlichen Kommissionssitzungen zu den Revisionen des Sozialhilfegesetzes und FILAG (sehr gute Folien im Protokoll wiedergegeben). Anschliessend wurde die Gesundheitstagung vom 29.Januar geplant. Ziel sind 5 Grundsätze der SP zum Gesundheitswesen.

Danielle Lemann, Präsidentin

## **Fachausschuss JGK/POM/STA**

Der Fachausschuss hat in fünf Sitzungen unter dem Co-Präsidium von Géraldine Kipfer und Christoph Ammann getagt. Das Co-Präsidium wurde auch im Berichtsjahr wiederum tatkräftig und kompetent von Angelika Neuhaus unterstützt. Ihr sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement im FA-Sekretariat gedankt.

Neu zum FA gestossen sind nach den Grossratswahlen Adrian Wüthrich und Peter Siegentaler.

Der FA hat sich schwerpunktmässig mit folgenden Themen auseinandergesetzt:

- Justizreform II: Hier standen die Wahlen von Richterinnen und Richtern im Vordergrund.
- Gemeindefusionen: Grossrat Christoph Stalder (FDP) referierte in der September-Sitzung zum Thema ‚Fusionen‘ und im Speziellen zum Projekt ‚Bern neu gründen‘.

Der Fachausschuss war daneben mit mehreren Vernehmlassungsantworten beschäftigt. Es waren dies Stellungnahme zu folgenden Erlassen:

- Teilrevision des Lotterieggesetzes
- Teilrevision des Gesetzes über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter (RStG)
- Teilrevision des Gesetzes über die bernischen Landeskirchen
- Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes
- Konsultation zur Einführung eines neuen Immobiliarsachen- und Grundbuchrechts
- Gesetz über freiheitsbeschränkende Massnahmen im Jugendstraf- und Massnahmenvollzug und in der stationären Jugendhilfe
- Anpassungen des kantonalen Richtplans 2010

Neben den Vernehmlassungsantworten hat der FA auch dieses Jahr aktuelle parlamentarische Vorstösse aus seinem Fachbereich besprochen.

Christoph Ammann, Co-Präsident

## Parteisekretariat

Im Jahr 2010 blieb das Sekretariatsteam unverändert – eine neue Erfahrung nach den Wechseln der letzten Jahre. Die Konsolidierung tat gut, vor allem, da es sich um ein sehr arbeitsintensives Jahr handelte.

Zum ersten Mal wurde ein Lehrling des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes während einiger Wochen im SP-Sekretariat betreut sowie ein Absolvent der Handelsmittelschule in Thun. Es war ein spannender Einblick in die Lehrlingsausbildung von heute mit all ihren Facetten und eine neue Erfahrung für das Sekretariatsteam.

Wie schon erwähnt war es ein sehr anspruchvolles Jahr, da nicht nur die kantonalen Wahlen durchgeführt und die nationalen Wahlen 2011 vorbereitet werden mussten, sondern auch die zusätzlich angesetzten Ständeratsersatzwahlen.

Die erhöhte Nutzung der elektronischen Medien parteiintern und -extern, die Erwartungen an die Verfügbarkeit der Mitarbeitenden, die organisatorischen Herausforderungen, die nachhaltigen Begegnungen mit Freund und Feind und das manchmal nicht nachvollziehbare Eigenleben der elektronischen und elektrischen Maschinen machen die Arbeit im SP-Seki so einmalig und unvergesslich. Wir bleiben dran!

Das Sekretariatsteam dankt allen Mitgliedern, MandatärInnen, Sektionsvorständen für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr und freut sich auf weitere politische Grosstaten.

### Sekretariatsteam 2010

- **Maria Gilomen**, seit September 2007 im SP-Sekretariat, Beschäftigungsgrad 30%, Arbeitsgebiete: Adressenverwaltung, Mutationen, ADMO.
- **Ruth Steudler**, seit 2006 im SP-Sekretariat, Beschäftigungsgrad 30%, Arbeitsgebiete: Buchhaltung Kanton, Region, Stadt und SP Frauen Kanton.
- **Toni Marbot**, seit 1985 im SP-Sekretariat, Beschäftigungsgrad 60%, Arbeitsgebiete: Fachausschüsse Bildung und Gesundheit, Sektionsbetreuung, Bildungsanlässe, Parteitage, sp.info.be, allgemeine Administration.
- **Sonja Walther**, seit August 2008, Beschäftigungsgrad 70%, SP-Frauen inkl. Betreuung der Frauen-Homepage, Grossratsfraktion, Assistentin der Parteisekretärin und des Parteisekretärs, Empfang und Auskunft, allgemeine Sekretariatsaufgaben inkl. Versände.

- **Daniel Furter**, seit Dezember 2007 im SP-Sekretariat, Beschäftigungsgrad 80%, Arbeitsgebiete: Kommunikation (inkl. links.be), Wahlen und Abstimmungen, Finanzen, Fachausschuss Verkehr und Energie, Internet.
- **Angelika Neuhaus**, seit Dezember 1999 im SP-Sekretariat, Beschäftigungsgrad 80%, geschäftsführende Parteisekretärin, Arbeitsgebiete: Leitung des Sekretariates, Konzept- und Planungsarbeit, Betreuung der Gremien, Fachausschuss Justiz, Wirtschaft und Finanzen, Mitarbeit bei den SP-Frauen, Begleitung der SP-Fraktion, Vernetzung der verschiedenen AkteurlInnen im politischen Umfeld, Mitarbeit bei Wahlen und Abstimmungen.

In unserer Bürogemeinschaft an der Monbijoustrasse arbeiteten weiter:

- **Leyla Gül**, seit Februar 2005, Beschäftigungsgrad 70% als Parteisekretärin SP Stadt Bern und SP Region Bern.
- **Andrea Bauer**: Beschäftigungsgrad 70% bis Ende April 2010 mit dem Schwerpunkt Unterstützung der SP Kanton Bern bei den kantonalen Wahlen 2010 / neu ab August 2010 Beschäftigungsgrad 30%, Schwerpunkt Clean-Tech-Initiative und Unterstützung bei den Ständeratsersatzwahlen bis Ende April 2011.

Ich danke dem Sekretariatsteam für sein grosses Engagement im vergangenen Jahr, für die Loyalität gegenüber unserer Partei, ihrer Gremien und MandatärInnen.

Angelika Neuhaus, geschäftsführende Parteisekretärin

## Mitgliederzahlen in den Sektionen

Regionalverband	Sektion	2009	2010
PSJB	PS Bevilard	10	11
	PS Haut Vallon de St. Imier	53	53
	PS La Neuveville	12	13
	PS Malleray	19	12
	PS Moutier	30	30
	PS Tramelan	77	71
	Einzelmitglieder	1	3
		<b>202</b>	<b>193</b>
RV Biel/Bienne.Seeland	PS Bienne Romand	94	81
	SP Aarberg	42	32
	SP Aegerten	22	22
	SP Arch	8	7
	SP Biel-Madretsch	108	105
	SP Biel-Stadt/Ost	193	182
	SP Brügg	29	31
	SP Büren an der Aare	22	19
	SP Busswil bei Büren	24	23
	SP Diessbach bei Büren	11	10
	SP Dotzigen	21	21
	SP Erlach	11	12
	SP Erlach-Land	3	
	SP Grossaffoltern	30	29
	SP Ins	30	33
	SP Ipsach	39	38
	SP Jens	15	15
	SP Lengnau	17	17
	SP Leuzigen	8	8
	SP Lyss	88	93
	SP Nidau	60	59
	SP Orpund	35	29
	SP Pieterlen	17	17
	SP Port	31	30
	SP Radelfingen	11	10
	SP Rapperswil	23	24
	SP Safnern	16	16
	SP Scheuren	19	9
	SP Schüpfen	44	42
	SP Seedorf	26	22
	SP Studen	15	10
	SP Sutz-Lattrigen	17	17
	SP Täuffelen	29	29
SP Twann-Ligerz-Tüscherz	30	29	
SP Worben	20	20	
Einzelmitglieder	19	16	
	<b>1217</b>	<b>1157</b>	
RV Oberaargau	SP Aarwangen	36	36
	SP Attiswil	12	12

	SP Eriswil	10	10
	SP Grasswil	10	9
	SP Herzogenbuchsee	96	94
	SP Herzogenbuchsee Frauen	10	10
	SP Huttwil	26	28
	SP Inkwil	8	7
	SP Kleindietwil	4	
	SP Langenthal	151	141
	SP Lotzwil	14	15
	SP Madiswil	16	20
	SP Melchnau	20	15
	SP Niederbipp	41	39
	SP Oberbipp	6	6
	SP Roggwil	65	63
	SP Rohrbach	2	2
	SP Schwarzhäusern	15	15
	SP Thunstetten-Bützberg	37	35
	SP Ursenbach	3	3
	SP Wiedlisbach	6	5
	SP Wynau	22	22
	Einzelmitglieder	9	3
		<b>619</b>	<b>590</b>
RV Emmental	SP Aefligen	6	9
	SP Affoltern	8	8
	SP Bätterkinden	61	56
	SP Burgdorf	153	150
	SP Ersigen	17	16
	SP Hasle bei Burgdorf	18	18
	SP Hindelbank	9	11
	SP Kirchberg	39	39
	SP Koppigen-Willadingen	48	48
	SP Krauchthal-Hettiswil	31	28
	SP Langnau	122	120
	SP Lauperswil	8	8
	SP Lützelflüh	11	10
	SP Lyssach	27	28
	SP Oberburg	25	26
	SP Rüderswil	10	11
	SP Rüdtiligen-Alchenflüh	17	16
	SP Rüegsau	18	
	SP Signau-Schüpbach	12	13
	SP Sumiswald-Wasen	15	14
	SP Utzenstorf-Wiler-Zielebach	45	61
	SP Wiler-Zielebach	25	
	SP Wynigen-Rumendingen	23	22
	Einzelmitglieder	0	5
		<b>750</b>	<b>717</b>
RV Bern-Mittelland	SP Albligen	13	12
	SP Belp	104	104
	SP Bern-Altstadt/Kirchenfeld	179	182
	SP Bern-Bümpliz/Bethlehem	214	212

	SP Bern-Holligen	71	65
	SP Bern-Länggasse-Enge	204	172
	SP Bern-Nord	253	247
	SP Bern-Ost	169	155
	SP Bern-Süd	166	172
	SP Biglen	17	16
	SP Bolligen	89	89
	SP Bowil	9	10
	SP Bremgarten	55	54
	SP Ferenbalm	11	10
	SP Gerzensee	10	10
	SP Grosshöchstetten	16	13
	SP Ittigen	60	58
	SP Jegenstorf u. U.	61	59
	SP Kaufdorf-Rümligen	22	20
	SP Kehrsatz	33	31
	SP Kirchdorf	4	3
	SP Kirchlindach	36	33
	SP Köniz	289	286
	SP Konolfingen	60	58
	SP Laupen	40	41
	SP Meikirch	23	25
	SP Moosseedorf	53	52
	SP Mühleberg	25	23
	SP Mühlethurnen	17	
	SP Münchenbuchsee	92	100
	SP Münsingen	74	72
	SP Muri-Gümligen	85	90
	SP Neuenegg	58	55
	SP Oberdiessbach	15	17
	SP Ostermundigen	105	101
	SP Rubigen	36	36
	SP Rüeggisberg	5	5
	SP Schwarzenburg	59	63
	SP Stettlen	24	24
	SP Toffen	19	15
	SP Urtenen-Schönbühl	47	44
	SP Vechigen	27	26
	SP Walkringen	14	15
	SP Wichtrach	21	22
	SP Wohlen	85	79
	SP Worb	133	119
	SP Zäziwil	7	5
	SP Zollikofen	78	65
	Einzelmitglieder	6	21
		<b>3293</b>	<b>3186</b>
RV Thun	SP Amsoldingen	6	6
	SP Blumenstein	5	6
	SP Burgistein	14	11
	SP Fahrni	16	16
	SP Gurzelen	3	3
	SP Heimberg	47	43
	SP Hilterfingen-Hünibach	29	30

	SP Oberhofen	39	38
	SP Seftigen	18	19
	SP Steffisburg	100	91
	SP Thierachern	20	19
	SP Thun	339	338
	SP Uetendorf	52	51
	SP Uttigen	40	38
	SP Wattenwil	16	16
	Einzelmitglieder	6	7
		<b>750</b>	<b>732</b>
RV Oberland	SP Adelboden	4	5
	SP Beatenberg	6	5
	SP Bönigen	33	31
	SP Brienz	33	35
	SP Frutigen	41	42
	SP Grindelwald	11	11
	SP Interlaken	51	54
	SP Kandersteg	12	11
	SP Lauterbrunnen	5	9
	SP Matten bei Interlaken	29	30
	SP Meiringen-Oberhasli	31	25
	SP Oberwil im Simmental	7	7
	SP Reichenbach im Kandertal	12	13
	SP Ringgenberg-Goldswil	12	12
	SP Saanen	8	8
	SP Spiez	145	141
	SP Unterseen	70	63
	SP Wilderswil	18	24
	SP Wimmis	20	18
	SP Zweisimmen	12	11
	Einzelmitglieder	5	3
		<b>565</b>	<b>558</b>

## Bilanz und Erfolgsrechnung

### Bilanz per 31. Dezember 2010 (mit Vergleich 2009)

	2010		2009	
	CHF	CHF	CHF	CHF
<b>Aktiven</b>				
Flüssige Mittel (Kassa, Post, Bank)	616'486.99		596'305.34	
Forderungen gegenüber Sektionen	50'321.00		40'322.05	
übrige Forderungen	15'428.93		10'771.49	
Delkredere	-7'500.00		-7'500.00	
Transitorische Aktiven	18'068.20		54'780.20	
Warenvorräte	0.00		0.00	
Sachanlagen	1.00		1.00	
Wertschriften	502.00		502.00	
<b>Total Aktiven</b>	<b>693'308.12</b>		<b>695'182.08</b>	
<b>Passiven</b>				
Kreditoren		75'091.08		37'756.78
Darlehen		0.00		0.00
Transitorische Passiven		76'088.00		9'203.55
Fürsorgefonds		76'045.15		76'045.15
Fonds für Parteientwicklung		27'445.40		22'445.40
Wahlfonds		270'000.00		380'000.00
Gewinnvortrag 1.1.		169'731.20		161'757.51
Ergebnis lfd. Jahr		-1'092.71		7'973.69
<b>Total Passiven</b>		<b>693'308.12</b>		<b>695'182.08</b>

Bern, 22. Februar 2011

**Erfolgsrechnung vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 (mit Vergleichszahlen 2009)**

<b>Einnahmen</b>	<b>2010</b>		<b>2009</b>	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Mitgliederbeiträge	699'366.00		725'204.00	
Solidaritätsbeitrag	196'265.75		182'878.09	
Mandatsabgaben	198'191.70		217'116.85	
Beitrag Grossratsfraktion	130'000.00		130'000.00	
Fundraising SPS	47'992.85		47'010.00	
Spenden	5'100.00		2'550.00	
Beitrag SP Stadt /Region	123'677.20		107'358.35	
Wahlfinanzierung	156'155.00		11'731.35	
Kampagnenerträge	25'776.55		94'837.50	
übrige Erträge	36'728.60		31'701.25	
<b>Total Einnahmen</b>	<b>1'619'253.65</b>		<b>1'550'387.39</b>	
<b>Ausgaben</b>				
Beiträge an SPS		396'935.00		402'875.00
Personalaufwand		541'527.15		512'594.50
Administration		175'475.44		180'416.37
Politik, Kampagnen		74'142.63		247'615.43
Wahlen		422'449.19		192'397.55
übriger Aufwand		9'816.95		6'514.85
Ergebnis		-1'092.71		7'973.69
<b>Total Ausgaben</b>		<b>1'619'253.65</b>		<b>1'550'387.39</b>

Bern, 22. Februar 2011

**Kommentar zur Jahresrechnung 2010**

Die Jahresrechnung 2010 schliesst wie budgetiert fast ausgeglichen ab (-1 092 Franken). Zudem mussten die Rückstellungen im Wahlfonds nicht im budgetierten Ausmass aufgelöst werden und betragen für das nationale Wahljahr 270 000 Franken.

Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen sinken wie seit Jahren weiter (minus 25 838 Franken gegenüber 2009). Hingegen erhöhten sich die Einnahmen aus

dem Solidaritätsbeitrag um 13 387 Franken auf 196 265 Franken. Die Mandatsabgaben sanken auf 198 191 Franken und bilden weiterhin den dritten wichtigen Pfeiler der Finanzmittel der SP Kanton Bern.

Die Ausgaben konnten im Rahmen des Budgets gehalten werden. Höher als budgetiert waren die Wahlkampfausgaben, dies ist insbesondere durch die Integration der Kosten für alle Wahlprospekte der Regionalverbände bedingt, welche jedoch unter Wahlfinanzierung als zusätzliche Einnahmen wieder vergütet wurden.

Der Personalaufwand fiel gegenüber dem Budget höher aus, da die Parteisekretärin für Stadt Bern und Region Bern-Mittelland seit April 2010 zu einem höheren Pensum angestellt ist. Diese Kosten werden der Kantonalpartei vergütet und sind unter Beitrag SP Stadt/Region als zusätzliche Einnahmen verbucht.

Die Jahresrechnung ist vom Revisonsteam Stefan Neuenschwander und Anneke Ramseier geprüft worden und wird zur Genehmigung empfohlen.

Daniel Furter, Parteisekretär

## Revisionsbericht

### über die Prüfung der Jahresrechnung 2010 der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern

Als statutarisches Rechnungsprüfungsorgan haben wir die Prüfung am 22. Februar 2011 im Beisein der Buchhalterin und des Finanzverantwortlichen durchgeführt.

Unsere Prüfung erfolgte nach Grundsätzen, wonach wesentliche Fehlaussagen der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt und ausgeschlossen werden können.

- Wir haben die Posten und Angaben in der Jahresrechnung mittels Analysen und stichprobenweise Erhebungen geprüft.
- Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes.
- Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet
- Die Saldi der Bilanz-Konti per 31.12.2010 sind nachgewiesen worden.
- Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung 2010, welche einen Verlust von CHF 1'092.71 ausweist, Gesetz und Statuten.

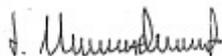
Aufgrund des Ergebnisses unserer Prüfung empfehlen wir die vorliegende Jahresrechnung 2010 zur Genehmigung unter Verdankung an die Verantwortlichen für die geleistete Arbeit.

Ort und Datum: Bern, 08.03.2011

Im Namen der GPK SP Kanton Bern

Das Revisionsteam

Stefan Neuenschwander



Anneke Ramseier

